

impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 1/2015

Gewalt in der Antifa

Die Rolle der Militanz für die Selbstdarstellung S.11

Frauen im »Islamischen Staat«

Die Erkenntnisse einer aktuellen britischen Studie S.25

Einstiege verhindern

Pädagogische Ansätze bei Rechtsextremismus S.31



Jung und radikal

Politische Gewalt im Jugendalter



DJI THEMA

Michaela Glaser

04 Extremistisch, militant, radikalisiert?

Viele junge Menschen sind fasziniert von radikalen Gruppen. Ein kritischer Blick auf aktuelle Begriffe und (Erklärungs-)Konzepte

Peter Rieker

08 Wege in den Rechtsextremismus

Der Prozess der Radikalisierung beginnt oft schon in der Kindheit. Unter welchen Bedingungen fremdenfeindliche Einstellungen entstehen

Nils Schuhmacher

11 Gewalt in der Antifa: Mythos und Realität

Militanz spielt für die Selbstdarstellung der Antifa oft eine entscheidende Rolle. Ein differenzierter Umgang mit dem Begriff ist allerdings wichtig.

Maruta Herding, Joachim Langner

14 Wie Jugendliche zu Islamisten werden

Die Ursachen für eine Radikalisierung sind individuell unterschiedlich. Der Prozess ist stets ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren und keineswegs geradlinig.

Nils Böckler, Andreas Zick

18 Im Sog des Pop-Dschihadismus

Junge Muslime in Deutschland fühlen sich stärker zum Islamismus hingezogen, wenn sie sich als überfordert erleben. Daran setzen dschihadistisch-salafistische Gruppen an.

Nico Prucha

22 Kriegsführung 2.0

Die Medienstrategie der Terrormiliz »Islamischer Staat« ist erfolgreich: Durch die professionelle Nutzung der sozialen Medien wird sie auch für westliche Staaten gefährlich.

Alexandra Bradford

25 Westliche Frauen für das Kalifat

Eine aktuelle britische Studie beschreibt erstmals, warum sich junge Frauen aus westlichen Staaten der Terrororganisation »Islamischer Staat« anschließen.

Ellen Esen

28 »Ich komme da nie wieder raus«

Die Loslösung aus der rechten Szene ist ein Prozess, der von Aussteigerprojekten begleitet werden kann. Deren Arbeit wurde wissenschaftlich bisher kaum untersucht.

DJI DOSSIER

Michaela Glaser, Frank Greuel, Sally Hohnstein

31 Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten

In der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen hat sich in Deutschland eine differenzierte Praxis etabliert. Über aktuelle Ansätze, ihre Potenziale und fachliche Grenzen

35 Glossar

DJI KOMPAKT

38 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

43 Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn deutsche Sicherheitsbehörden von 650 jungen Menschen berichten, die im Jahr 2015 die Bundesrepublik in Richtung Syrien verlassen haben, um die Terrororganisation »Islamischer Staat« zu unterstützen, löst das bei vielen Menschen Gefühle von Irritation und Besorgnis aus: Wie kommt es, dass junge Erwachsene aus Deutschland am Aufbau eines vermeintlichen Gottesstaats mitwirken, der nach unserem Verständnis durch höchste Unmenschlichkeit gekennzeichnet ist? Mit Blick auf das eigene Land schließt sich die bange Frage an, wozu diese jungen Menschen – nicht selten deutsche Staatsbürger – fähig sind, falls sie wieder in dieses Land zurückkehren: Wie viele von ihnen werden versuchen, hierzulande Terroranschläge zu verüben? Und wie groß ist die Szene derer, die ähnliche islamistische Haltungen haben, aber bisher nicht durch eine Ausreise aufgefallen sind?

Das Entsetzen und die Unsicherheit bei diesem relativ jungen Phänomen sind verständlich. Dabei darf man jedoch beim Thema Radikalisierung nicht übersehen, dass der Bogen deutlich weiter gespannt werden muss: Nicht allein über islamistische Radikalisierungsprozesse gilt es gründlich nachzudenken, sondern auch die deutlich besser erforschte Hinwendung einer weit aus größeren Zahl junger Menschen zum Rechtsextremismus muss eine Demokratie beunruhigen. Und auch Phänomene einer linken Militanz bei Heranwachsenden ist Aufmerksamkeit zu schenken, auch wenn sich die Frage der Vergleichbarkeit zu den anderen Formen der Gewalt im Jugendalter hier deutlich stellt.

Vor allem angesichts der Gemeinsamkeiten und Unterschiede ist die Wissenschaft gefordert, sich um Klärungen und Differenzierungen zu bemühen. Vor die-

sem Hintergrund bündelt die aktuelle DJI Impulse-Ausgabe wesentliche Befunde der Forschung zu dieser Thematik. Dabei drängen sich zwei »große« Fragen auf: Wie entsteht die eine oder andere Art der Radikalisierung junger Menschen? Und wie kann oder sollte ihr begegnet werden?

In der Forschung wird deutlich, dass bestimmte Risikofaktoren individuelle Radikalisierungen zwar nicht erzwingen, jedoch deutlich wahrscheinlicher werden lassen. Dazu zählen starke psycho-soziale Belastungen in den jeweiligen Familien, belastende familiäre Traditionen und nicht zuletzt Erfahrungen von sozialer Desintegration. Man kann annehmen, dass die Hinwendung zu einer Gruppierung mit klaren Identitäten, markanten Feindbildern und machtvoller Rhetorik das Gefühl persönlichen Scheiterns eindämmen hilft.

Besonders wichtig ist daher bei der Ursachenforschung eine Balance zwischen einer »Individualisierung« des Problems und seiner »Sozialisierung«: Sucht man die Ursachen für jedwede Radikalisierung Jugendlicher ausschließlich in individuell schwierigen Biografien und desaströsen Bedingungen des Aufwachsens, übersieht man gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die solche Prozesse mitprägen. Ähnlich defizitär erscheint aber auch das Gegenmodell, das lediglich gesellschaftliche Ursachen erkennen will und dabei die individuell-biografischen Anteile übersieht, die jede Radikalisierung eben auch prägen.

Die zweite, aus pädagogischer Sicht ebenfalls wichtige Frage, lautet, wie man jungen Menschen den Ausweg aus solchen Szenen erleichtern kann: Wie gelingt beispielsweise ein Ausstieg aus der rechten Szene? Hier deuten sich Grenzen des pädagogischen Handelns an: Die Außen-



THOMAS RAUSCHENBACH

welt kann solche Ausstiege nicht erzwingen, sondern nur erleichtern.

Gleichwohl dürfen die Grenzen unseres aktuellen Wissens nicht unterschätzt werden. Insbesondere wenn es um die Hinwendung von jungen Erwachsenen und Jugendlichen zu Salafismus und Dschihadismus geht, verfügen wir bisher nur über erste Forschungsergebnisse. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass das Phänomen vergleichsweise neu ist; auch fällt es westlich sozialisierten Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern möglicherweise nicht so leicht, Zugänge zu diesem Thema und den Akteuren zu finden. Umso wichtiger ist es, entsprechende Forschung voranzutreiben. Die typische Wissenschaftsphrase, die so oft wie Lobbyismus in eigener Sache klingt (»Weitere Forschung ist nötig...«), ist bei diesem Thema mehr als gerechtfertigt, auch, weil es uns so stark beunruhigt und irritiert. ✕

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
Thomas Rauschenbach,
Direktor des Deutschen Jugendinstituts

Extremistisch, militant, radikalisiert?

Viele junge Menschen sind fasziniert von radikalen Gruppen. Die Gründe dafür sind ebenso vielfältig wie die Bewegungen, denen sie sich anschließen. Ein kritischer Blick auf aktuelle Begriffe und (Erklärungs-)Konzepte

Von Michaela Glaser



Die überwiegende Mehrheit junger Menschen, die sich in politisch-weltanschaulich geprägten Gruppen, Jugendszenen und Milieus bewegt, ist gewaltfrei und demokratisch orientiert. Einige Jugendliche und junge Erwachsene wenden sich aber politischen beziehungsweise weltanschaulichen Strömungen zu, die durch ihre Gewaltbereitschaft oder Gewalttätigkeit die Sicherheitsbehörden alarmieren und gesellschaftlich in unterschiedlicher Weise Besorgnis auslösen.

Seit den 1990er-Jahren geben immer wieder gewalttätige Erscheinungsformen des Rechtsextremismus Anlass zur Sorge. Mit dem Erstarren des »Islamischen Staats« und der aktuellen Ausreisewelle nach Syrien beziehungsweise in den Irak steht gegenwärtig zudem der internationale islamistische Terrorismus im Zentrum der öffentlichen und (sicherheits)politischen Problemwahrnehmung. Anlässlich bestimmter Protestereignisse wie dem 1. Mai, Naziaufmärschen oder der Mobilisierung zu globalisierungskritischen Aktionen kommt es aber regelmäßig auch zu Gewaltausbrüchen im Umfeld linksaktionistischer Bewegungen, die ebenfalls gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Bei allen Differenzen in den ideologischen Inhalten und Zielen zeichnen diese Ereignisse eine Gemeinsamkeit aus: Sie scheinen eine im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft überdurchschnittliche Anziehungskraft auf (vor allem männliche, aber auch weibliche) junge Menschen auszuüben. Sowohl bei den linken »Autonomen« als auch bei den rechtsorientierten »autonomen Nationalisten« sind mehrheitlich junge Menschen aktiv (Pfahl-Traughber 2010; BMI 2010). Beide Gruppierungen gelten aktuell als gewalttätigste Szene in ihrem politischen Lager. Eine besondere Attraktivität für Jugendliche und junge Erwachsene wird aber auch dem gewaltorientierten Islamismus bescheinigt: Den Sicherheitsbehörden zufolge sind unter den Syrienausreisenden auffällig viele junge Menschen; die jüngsten bekannten Ausreisenden waren 13 und 14 Jahre alt.

Wie diese Phänomene einzuordnen sind und ob und inwiefern sie sich miteinander vergleichen lassen, ist allerdings nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch in wissenschaftlichen Debatten überaus strittig. Dies zeigt sich bereits an den

Diskussionen um die jeweiligen Begrifflichkeiten. Sicherheitsbehörden und Bereiche der Politikwissenschaft sprechen von rechtsextremer, linksextremer und islamistischer Gewalt sowie vom politischen beziehungsweise weltanschaulichen Extremismus (siehe Glossar, S. 35). Diese

Begriffe sind mit einer bestimmten Einordnung der politischen Strömungen verbunden: Ihnen wird zum einen bescheinigt, in grundlegender Gegnerschaft zur bundesdeutschen Verfassung und der dort festgeschriebenen politischen Ordnung sowie den dort verankerten Grundrechten zu stehen. Zum anderen ist dies mit

der Einschätzung verknüpft, dass diese Gruppen auch aktiv bestrebt sind, die politische Ordnung und die sie tragenden Institutionen zu destabilisieren.

Die Einordnung der linken Szene als »extremistisch« ist umstritten

Vor allem die Einordnung aktueller Gewaltescheinungen in linksaktionistische Szenen beziehungsweise dieser Szenen selbst als »extremistisch« ist allerdings nicht nur in politischen, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen höchst umstritten. Unter anderem wird hinterfragt, ob die von diesen Szenen vertretenen Ziele generell undemokratisch und verfassungsfeindlich seien. Ein weiteres Gegenargument lautet, dass sowohl im rechtsextremen als auch im islamistischen Extremismus ideologisch legitimes Handeln die kalkulierte Tötung von Menschen bis hin zu Terrorismus und Genozid mit einschließt. Aktuelle Gewalt »von links« richte sich dagegen überwiegend gegen Sachen oder trete in Konfrontationen mit politischen Gegnern auf und habe damit eine deutlich andere Qualität (Scherr 2010; Schultens/Glaser 2013). Vor allem Forschende aus der Bewegungs- und der Jugendforschung, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen, die mit diesen Jugendszenen arbeiten, präferieren deshalb alternative Bezeichnungen wie zum Beispiel »linke Militanz«.

Uneinigkeit herrscht aber auch in der Frage, wie verschiedene Varianten des Islamismus (siehe Glossar, S. 35) mit Blick auf ihr Gefahrenpotenzial einzuordnen sind. Vor allem im all-

Sowohl bei den linken »Autonomen« als auch bei den rechtsorientierten »autonomen Nationalisten« sind mehrheitlich junge Menschen aktiv.

gemeinen Sprachgebrauch, zum Teil aber auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen (Jaschke 2007) werden »Islamismus« und besonders die Teilströmung des »Salafismus« (siehe Glossar, S. 37) häufig mit gewaltbefürwortenden, terroristischen Bewegungen gleichgesetzt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) differenziert zwar zwischen »politischen« (legalistischen) und »dschihadistischen« (im Sinne von terroristischen) Strömungen, ordnet diese jedoch gleichermaßen als »extremistisch« ein, da sie in ihren Zielen gegen die Verfassung gerichtet seien (BfV 2013, S. 192).

Diese Einteilung seitens der Sicherheitsbehörden wird vor allem von Forschenden aus den Islam- und Sozialwissenschaften problematisiert. Die Kritikerinnen und Kritiker dieser Klassifizierung argumentieren, dass manche islamistische Gruppen zwar politische Ziele verfolgten, dabei aber reformistisch orientiert und somit durchaus verfassungskonform seien. Zudem gebe es auch Strömungen im Islamismus, die ausschließlich religiöse Ziele hätten und keine politischen Veränderungen anstrebten. Viele in diesem Handlungsfeld tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Praxisakteure, plädieren deshalb für eine stärkere Differenzierung und genauere Verwendung von Bezeichnungen. Sie halten dies – gerade auch mit Blick auf verbreitete muslimfeindliche Tendenzen – für bedeutsam, um der Stigmatisierung gewaltfreier und demokratisch orientierter Musliminnen und Muslime nicht noch weiter Vorschub zu leisten.

Großes Interesse von Politik und Forschung an den Entwicklungswegen von Terroristen

Seit einigen Jahren werden diese Phänomene in der wissenschaftlichen sowie zunehmend der pädagogischen Fachdiskussion auch verstärkt unter dem Begriff der »Radikalisierung« diskutiert. Dabei handelt es sich um einen Begriff, der den skizzierten Einordnungsschwierigkeiten und den damit verbundenen Kontroversen auf den ersten Blick zu entgehen scheint. Denn anders als bei der Bezeichnung »Extremismus« handelt es sich bei »Radikalisierung« nicht primär um einen kategorisierenden Begriff zur (abgrenzenden) Einordnung von Denk- und Handlungsweisen. Der Terminus bezieht sich vielmehr auf Prozesse, die durch bestimmte Dynamiken gekennzeichnet sind, im Grundsatz jedoch unterschiedliche Endpunkte haben können (siehe Glossar, S. 36).

Eingang in den bundesdeutschen Fachdiskurs fand der Begriff in den letzten Jahren vor allem im Zuge der Ausweitung der aktuellen Präventionsdebatte von Rechtsextremismus auf (gewaltorientierten) Islamismus. Damit wird auch im deut-

schen Sprachraum eine Begrifflichkeit aufgegriffen, die sich etwa seit dem Jahr 2004 in internationalen sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit aktuellen Phänomenen des (vor allem islamistischen) Terrorismus etabliert hatte.

In diesen internationalen Diskursen steht der Begriff allerdings auch für einen Paradigmenwechsel, den der Terrorismusforscher John Horgan (2008) auf die Formel »from the roots to the routes« gebracht hat (auf Deutsch etwa: »von den Wurzeln zu den Verläufen«): Konzentrierte sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit terroristischen Phänomenen zuvor stärker auf deren gesellschaftliche und politische Ursachen (»roots«), richtet sich das Forschungsinteresse seither verstärkt auf die konkreten Entwicklungswege (»routes«) von Personen und Gruppen, die sich dem Terrorismus zuwenden.

Unter diesem Fokus sind bisher vor allem Forschungsarbeiten entstanden, die sich auf individuelle Entwicklungen und Wege in gewalttätige Gruppen sowie die Dynamiken innerhalb solcher Gruppen konzentrieren.

Diese Perspektive betont, dass die Entwicklung gewaltorientierter politischer Positionen ein schrittweiser Prozess ist und Menschen nicht »über Nacht« zu Terroristen werden. Andererseits lässt sie, so zumindest eine Kritik, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und deren Ursachen für Radikalisierung tendenziell unterbelichtet (Sedgwick; Kundnani).

Für die Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit ist eine solche Analyseperspektive insofern von Nutzen, als diese Arbeit vor allem an biografischen Erfahrungen und an Problemkonstellationen erfolversprechend ansetzen kann, die im individuellen beziehungsweise sozialen Umfeld bestehen (siehe auch S. 8 in diesem Heft). Ein vertieftes Verständnis vor allem dieser, auf der gesellschaftlichen Mikro- und Meso-Ebene angesiedelten Faktoren, kann deshalb wichtige Hinweise liefern, um zielgerichtete Angebote entwickeln zu können.

Am Themenfeld »islamistische Radikalisierung« zeigt sich aber auch, dass diese Perspektiven nicht ausreichend sind, um zu einem adäquaten Verständnis von Radikalisierungsprozessen zu kommen. Verschiedene Studien liefern Hinweise, dass für die Hinwendung zu gewaltorientierten islamistischen Strömungen auch gesamtgesellschaftliche Faktoren eine maßgebliche Rolle spielen. Dazu gehören ausgrenzende Debatten und benachteiligende Strukturen in den Einwanderungsgesellschaften, aber auch internationale Konflikte (und ihre mediale Aufbereitung), vor deren Hintergrund derartige Erfahrungen gedeutet und von ideologischen Gruppen instrumentalisiert werden (siehe auch S. 14 in diesem Heft).

Für die Hinwendung zum gewaltorientierten Islamismus spielen auch gesamtgesellschaftliche Faktoren eine Rolle.

Die große Bedeutung, die gesellschaftlichen Konfliktstrukturen und -konstellationen für individuelle und kollektive Entwicklungen zukommt, zeigt sich aber auch anhand der Forschung zu linksmilitanten Szenen und Gewaltereignissen. Speziell zur Erklärung dieser Phänomene erscheinen Perspektiven, die das Wechselspiel zwischen gegnerischen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen, insgesamt vielversprechender als die Fokussierung auf individuell-biografische »Risikofaktoren« für eine Hinwendung zu diesen Szenen.

Insofern ist es auch für die präventive und pädagogische Auseinandersetzung wichtig, diese Faktoren mit in den Blick zu nehmen und darauf ausgerichtete, ergänzende Perspektiven (zum Beispiel aus der Protest- und Bewegungsforschung) in Erklärungsansätze mit einzubeziehen. Aus der Sicht der pädagogischen Praxis ist dies schon deshalb erforderlich, um in den Augen der jugendlichen Zielgruppen glaubwürdig zu sein und sie erreichen zu können.

Schwierige Nähe des Konzepts der Radikalisierung zu Terrorabwehrdebatten

Die Hauptschwierigkeit, die das Konzept »Radikalisierung« – ebenso wie das Konzept des »politischen Extremismus« – aus jugendpolitischer und jugendpädagogischer Sicht mit sich bringt, ergibt sich aus seiner gegenwärtig engen Verknüpfung mit wissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Fachdiskursen der Terrorismusanalyse beziehungsweise -bekämpfung. Der renommierte Terrorismusforscher Peter Neumann fasst das gängige Verständnis von »Radikalisierung« mit folgenden Worten zusammen: »Radicalization is what goes on before the bomb goes off« (»Radikalisierung ist das, was abläuft, bevor die Bombe hochgeht«).

Diese Verknüpfung birgt auch eine Etikettierungsgefahr (»ihr seid potenziell terroristisch«), die für die Arbeit mit jungen Menschen zu diesen Themen wenig hilfreich ist – und sich im ungünstigsten Fall kontraproduktiv auswirken kann (Kiefer 2013). Sie kann zum Beispiel bei jungen Muslimen genau jene Diskriminierungswahrnehmungen fördern, die die Forschung als einen Faktor für die Attraktivität gewaltorientierter islamistischer Gruppen betrachtet (siehe S. 14 in diesem Heft). Zudem könnten dadurch deterministische und alarmistische Sichtweisen befördert werden, die in öffentlichen Debatten um politische Gewalt im Jugendalter ohnehin bereits vielfach präsent sind.

Diesen Perspektiven gilt es in der Arbeit mit jungen Menschen auch mit Erkenntnissen und Erklärungsmodellen der Jugendforschung zu begegnen. Denn diese machen zum einen deutlich, dass bei den beschriebenen Phänomenen auch Aspekte wie (provokative) Abgrenzung von der Elterngeneration, verstärkte Sinn- und Identitätssuche oder auch eine Suche nach Abenteuer und Grenzerfahrungen eine Rolle spielen, die typisch sind für die Phase des Erwachsenwerdens. Damit können sie zu einem besseren Verständnis dieser Prozesse wie auch

zu einer versachlichenden Einordnung ihres gesellschaftlichen Gefahrenpotenzials beitragen.

Zum anderen verweisen diese Perspektiven auf ein weiteres Spezifikum der Jugendphase – ihre Offenheit: Gruppenzugehörigkeiten sind in diesem Lebensabschnitt deutlich weniger stabil als in späteren Jahren und auch Wertorientierungen und politische Überzeugungen sind noch nicht endgültig festgelegt.

Nicht zuletzt auf diese Einsicht stützt sich die Annahme (beziehungsweise die Hoffnung), den Gefährdungen durch gewaltorientierte, politisch extreme Strömungen, denen junge Menschen ausgesetzt sind, mit pädagogischen Bildungs- und Hilfsangeboten entgegenwirken zu können.

Dabei gilt es in der pädagogischen Praxis eine schwierige Balance zu bewältigen: Der pädagogische Blick muss einerseits aufmerksam bleiben gegenüber beginnenden Weichenstellungen in Richtung einer Herausbildung oder Verfestigung von gewaltorientierten Einstellungs- und Handlungsmustern; andererseits muss er sensibel dafür sein, Stigmatisierungen junger Menschen (und damit verbundene Weichenstellungen) durch vorschnelle Einordnungen und Urteile zu vermeiden. ✕

DIE AUTORIN

Michaela Glaser ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« und Projektleiterin der »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention« des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus- und Islamismusprävention, Radikalisierung im Jugendalter, politische Jugendkulturen sowie wissenschaftliche Begleitforschung.

Kontakt: glaser@dji.de

LITERATUR

- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (2010): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (2013): Verfassungsschutzbericht 2013. Im Internet verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2013.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- HORGAN, JOHN (2008): From profiles to pathways and roots to routes: Perspectives from psychology on radicalization into terrorism. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 618, Nr. 1, S. 80–94
- KIEFER, MICHAEL (2014): Dialog als Mittel der Radikalisierungsprävention – Das Dialoggruppenprojekt »Ibrahim trifft Abraham«. In: El-Gayar, Wael; Strunk, Katrin (Hrsg.): *Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland*. Schwalbach, S. 125–139
- KUNDNANI, ARUN (2012): Radicalisation: The journey of a concept. *Race & Class* 54, Nr. 2, S. 3–25
- SEDGWICK, MARK (2010): The concept of radicalization as a source of confusion. In: *Terrorism and political violence*, Nr. 4, S. 479–494
- SCHERR, ALBERT (2010), Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen? In: *deutsche jugend*, Heft 6, S. 251–255
- SCHULTENS, RENÉ / GLASER, MICHAELA (Hrsg.; 2013), *Linke Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Halle



Wege in den Rechtsextremismus

Der Prozess der Radikalisierung beginnt oft schon in der Kindheit, verläuft aber individuell unterschiedlich. Unter welchen Bedingungen fremdenfeindliche Einstellungen entstehen

Von Peter Rieker

In Hinblick auf Rechtsextremismus stehen häufig vor allem Jugendliche und junge Erwachsene im Fokus der Aufmerksamkeit, und vielfach werden die Gründe für entsprechende Radikalisierungen (siehe Glossar, S. 36) in der politischen Identitätsfindung im Jugendalter gesucht. Die Affinität zu rechtsextremen Orientierungs- und Handlungsmustern ist jedoch Ergebnis eines Prozesses, der durch vielfältige Bedingungen und Einflüsse geprägt ist. Er entfaltet sich in der Regel über einen längeren Zeitraum und basiert mitunter auf Erfahrungen, die in der Kindheit gemacht wurden und die sich nicht auf den explizit politischen Bereich beschränken. Im Folgenden

werden verschiedene Ebenen von Erfahrungen in sozialen Beziehungen skizziert, die in Untersuchungen mit der Entwicklung rechtsextremer Affinitäten bei Heranwachsenden in Zusammenhang gebracht werden konnten. Die Forschung wies das bisher vor allem für männliche Jugendliche nach, sodass die nachfolgend beschriebenen Zusammenhänge in erster Linie die Entwicklung rechtsextremer Affinitäten (siehe Glossar, S. 36) bei jungen Männern verständlich machen können.

Rechtsextreme Orientierungen sind in Deutschland bei circa 10 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen festzustellen: Im Jahr 2003 wurden bei 12 Prozent der 16- bis 24-Jäh-

ren ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial ermittelt. Bei den über 55-Jährigen betrug dieser Wert 20 Prozent (Stöss 2005). Eine weitere Studie wies im Jahr 2012 bei 9 Prozent der Bundesdeutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild nach, wobei sich bei den Älteren ebenfalls höhere Werte zeigten als bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Decker u.a. 2012).

Diejenigen, die im Jugendalter rechtsextreme Orientierungen entwickeln, blicken tendenziell auf eine Kindheit zurück, in der ihre emotionalen Bedürfnisse missachtet wurden. Im Vergleich zu anderen Jugendlichen berichten sie weniger von liebevoller Zuwendung und mehr von Zurückweisung durch ihre Eltern. Folgt man ihren Schilderungen, dann interessierten sich ihre Eltern vergleichsweise wenig für ihre kindlichen Belange, nahmen kaum Anteil an ihren Sorgen und Nöten, nahmen Ängste weniger ernst und wiesen kindliches Hilfeersuchen häufiger zurück (Hopf u.a. 1995). Auch fremdenfeindliche Gewalttäter berichten besonders oft von einem frostigen Klima und von Konflikten in der Familie. Sie schildern darüber hinaus, dass ihre Eltern selten mit ihnen spielten, sich wenig für sie interessierten und sie inkonsistent, also völlig willkürlich, bestrafte (Wahl 2003). Besonders negativ wird von diesen jungen Männern das Verhältnis zu ihren Vätern beurteilt, von denen sie zum Teil massive Gewaltanwendung im Zusammenhang mit Bestrafungen erlebt haben.

Kindern werden Mechanismen der Ab- und Ausgrenzung vorgelebt

Zudem sind Rechtsextremisten überdurchschnittlich häufig nicht in vollständigen Familien aufgewachsen, das heißt sie lebten infolge elterlicher Trennung oder des Todes eines Elternteils mit einem alleinerziehenden Elternteil oder in einer Stiefelternkonstellation (Lobermeier 2006). Bei einer vergleichenden Untersuchung wurde deutlich, dass vor allem fremdenfeindliche Gewalttäter häufig mit Stiefeltern aufgewachsen sind. Das Leben in einer unvollständigen Familie bedeutet in den meisten Fällen, dass die Kinder nicht mit ihrem leiblichen

Vater zusammenleben. Gerade männliche Jugendliche beschreiben das Leben unter einem Dach mit ihren Stiefvätern als konfliktreich und belastet (Wahl/Tramitz/Blumtritt 2001).

Zu diesen emotionalen Belastungen in wichtigen persönlichen Beziehungen kommen häufig Vorbilder mit explizit rechtsextremem Charakter hinzu. Es gibt Beispiele aus Familien, in denen Erwachsene – oft Großeltern – Kindern und Jugendlichen ein positives Verhältnis zum Nationalsozialismus oder zu den Erfolgen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg vermitteln. In diesen Fällen weisen Studien darauf hin, dass junge Menschen sich historisch und politisch in einer familiären Tradition sehen, in der rechtsextreme Bezüge gepflegt werden (Schiebel 1992). Außerdem

Fremdenfeindliche Gewalttäter berichten oft von einem frostigen Klima und von Konflikten in der Familie.

zeigen sich in verschiedenen Untersuchungen Ähnlichkeiten zwischen Eltern und Kindern hinsichtlich ihrer Einstellung zu Ausländerinnen und Ausländern, was für eine Weitergabe dieser Orientierungen zwischen den verschiedenen Generationen spricht (Grob 2005).

Darüber hinaus gibt es auch Anzeichen für subtilere Vorbilder in Richtung Rechtsextremismus, vor allem im familiären Alltag der Konfliktregulierung oder im Umgang mit Verschiedenheit, die in der Kindheit als vorpolitische Modelle sozialen Handelns fungieren können. So bekommen diese Jugendlichen beispielsweise eine klare Unterscheidung zwischen »uns« und »den anderen« vorgelebt, das heißt Eigen- und Fremdgruppen werden als völlig unterschiedlich konzipiert. Bei Konflikten haben sie außerdem erlebt, dass Stärkere sich gegen Schwächere durchsetzen und dass dies als normal und richtig gilt. Wenn sie als Kind in der Familie von Streit mit anderen Kindern berichteten, kam es vor, dass sie explizit zu gewalttätigen Reaktionen ermutigt wurden. Wenn sie sich dann entsprechend verhielten, machten Eltern keinen Hehl aus ihrem Stolz, dass ihr Sohn sich durchgesetzt hat. Diejenigen, die später rechtsextreme Tendenzen zeigten, bekamen damit Mechanismen der Ab- und Ausgrenzung vorgelebt und vermittelt. Neben Aggressivität und Gewalttätigkeit erlebten sie in diesem Zusammenhang auch, dass es normal ist, zwischen »uns« und »den anderen« zu differenzieren (Rieker 2007). >

Diese Bedingungen der Sozialisation legen bereits in der Kindheit den Grundstein für Affinitäten zu sozialen und politischen Orientierungen. In der Jugend und im jungen Erwachsenenalter können Erfahrungen folgen, die Prozesse der rechtsextremen Radikalisierung fördern. Breit rezipiert werden vor allem Erklärungen, die sich auf soziale Desintegration und den Mangel an Anerkennung beziehen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beziehen sich in diesem Zusammenhang auf verschiedene Formen der Anerkennung: positionale Anerkennung (Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft), moralische Anerkennung (rechtliche Gleichheit und der gerechte Ausgleich widersprüchlicher Interessen) und emotionale Anerkennung (Zuwendung und Aufmerksamkeit in sozialen Nahbeziehungen; Sitzer/Heitmeyer 2007). Menschen mit rechtsextremen Affinitäten fühlen sich in Hinblick auf diese Dimensionen häufig benachteiligt. Die Ausprägung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster kann das Ergebnis einer spezifischen Verarbeitung dieser Defizit-Erfahrungen sein.

Jugendliche fühlen sich oft sozial ausgegrenzt und suchen Anerkennung

Radikalisierungsprozesse in Richtung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster sind durch diese Erfahrungen in Kindheit und Jugend nicht vorgegeben, sondern bedürfen bestimmter Gelegenheiten, um sich entsprechend zu entwickeln. Eine Studie konnte beispielsweise zeigen, dass fremdenfeindliche Gewalttaten begünstigt werden durch ein Umfeld, das diese toleriert oder fördert, durch bestimmte Jugendkulturen beziehungsweise jugendliche Gesellungsformen sowie durch verschiedene Bedingungen, die Eskalationsdynamiken unterstützen (Willems/Steigleder 2003). Die Radikalisierung kann ganz unterschiedlich verlaufen. Zum Beispiel kann sie gekennzeichnet sein durch zunehmend exklusive Kontakte zu Angehörigen der rechtsextremen Szene (sowie die Einschränkung beziehungsweise den Abbruch anderer sozialer Beziehungen) sowie durch die zunehmende Orientierung an rechtsextremen Ideologien oder Ideologie-Versatzstücken. Mitunter prägen sich im Verlauf dieser Prozesse Feindbilder deutlicher aus und die Bereitschaft zu abweichenden und gewalttätigen Verhaltensweisen kann zunehmen.

Die bisherige Forschung deutet darauf hin, dass rechtsextreme Radikalisierungsprozesse früh beginnen können. Sie wer-

den durch scheinbar unpolitische Erfahrungen in sozialen Beziehungen entscheidend geprägt, für die neben einschlägigen Vorbildern auch emotionale Erfahrungen bedeutsam sind. Diese Erfahrungen führen jedoch lediglich zu bestimmten Neigungen und prägen sich erst angesichts aktueller Mangelerscheinungen und bestimmter Gelegenheiten in Form rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster aus. ✕

DER AUTOR

Prof. Dr. Peter Rieker ist Professor für außerschulische Bildung und Erziehung am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind abweichendes Verhalten, Partizipation und politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, Migration und interethnische Kontakte sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.

Kontakt: priecker@ife.uzh.ch

LITERATUR

- DECKER, OLIVER / KIESS, JOHANNES / BRÄHLER, ELMAR (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn
- GROB, URS (2005): Kurz- und langfristige intergenerationale Transmission von Ausländerablehnung. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 1, S. 32–51
- HOPF, CHRISTEL / RIEKER, PETER / SANDEN-MARCUS, MARTINA / SCHMIDT, CHRISTIANE (1995): Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim/München
- LOBERMEIER, OLAF (2006): Rechtsextremismus und Sozialisation. Wege aus der rechten Szene. Braunschweig: Arbeit und Leben
- RIEKER, PETER (2007): Fremdenfeindlichkeit und Sozialisation in Kindheit und Jugend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37/2007, S. 31–38
- SCHIEBEL, MARTINA (1992): Biographische Selbstdarstellung rechtsextremer und ehemals rechtsextremer Jugendlicher. In: Psychosozial, Heft 3, S. 66–77
- SITZER, PETER / HEITMEYER, WILHELM (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37, S. 3–10
- STÖSS, RICHARD (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung
- WAHL, KLAUS (2003): Entwicklungspfade und Sozialisationsprozesse. In: ders. (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen, S. 90–143
- WAHL, KLAUS / TRAMITZ, CHRISTIANE / BLUMTRITT, JÖRG (2001): Fremdenfeindlichkeit – Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen
- WILLEMS, HELMUT / STEIGLEDER, SANDRA (2003): Jugendkonflikte oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Heft 1, S. 5–28

Gewalt in der Antifa: Mythos und Realität

Militanz spielt für die Selbstdarstellung der Antifa oft eine entscheidende Rolle. Ein differenzierter Umgang mit dem Begriff ist allerdings wichtig – auch für die pädagogische Praxis.

Von Nils Schuhmacher



Eine Szene aus autonomen oder unabhängigen Antifa-Gruppen gibt es in der Bundesrepublik seit etwa 35 Jahren. Ihre Entstehung spielte sich vor dem Hintergrund des Zerfalls und der Neuzusammensetzung der »Neuen Linken« ab, den aufkommenden neuen sozialen Bewegungen und verschiedenen Jugendkulturen ab Mitte/Ende der 1970er-Jahre. Die Frage, was die Angehörigen dieser Szene kennzeichnet, wird in Politik, Wissenschaft sowie bei Sicherheitsbehörden kontrovers diskutiert. Welche sozialen Hintergründe und politischen Ziele haben Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten? Wel-

che Handlungsorientierungen sind für sie typisch? Die Antworten darauf fallen unterschiedlich aus. Parallelen gibt es lediglich in Bezug auf die Bewertung einer kämpferischen Pose, die in der Antifa vorherrscht. Dieser Artikel befasst sich mit Merkmalen, die für die Einordnung der Szene wichtig sind, und erläutert die vielschichtige Bedeutung der zentralen Begriffe Gewalt und Militanz (siehe Glossar, S. 36).

»Die Antifa« wird meist dem politischen Spektrum der »Autonomen« zugeordnet (Bötticher/Mareš 2012). Dies ist allerdings nur stimmig, wenn darunter allein die Ablehnung von

Partei- und Organisationsdisziplin verstanden wird sowie die Bevorzugung eines selbstorganisierten politischen Engagements ohne Statut. Die Autonomen, offiziellen Zahlen nach etwa 6.000 Personen in Deutschland, können jedoch als typische Vertreter eines »ganzheitlichen« Politikverständnisses gelten: Das Private gilt als politisch, eine individuelle Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen wird angestrebt und bereits im Alltag gelebt (Farin 2015). Autonome und die Antifa-Szene haben zwar eine soziale und personelle Schnittmenge (Schuhmacher 2014). Die Antifa hat aber mit »Nazis« und anderen rechten Gegnern eindeutiger thematische Bezugspunkte als die Autonomen. Zudem beruft sie sich weniger auf »individuelle Befreiung«, sondern mehr auf höhere moralische Anliegen, in deren Diensten sie agiert.

Empirischen Studien zufolge
übt tatsächlich ein wohl
eher kleiner Teil der Antifa-Szene
selbst Gewalt aus.

Die Antifa ist nicht nur jung und männlich

Die Antifa-Szene, die aus etwa 150 bis 200 politischen Gruppen (Schuhmacher 2014) und einer nicht bezifferbaren Anzahl an Einzelpersonen besteht, wird quantitativ von Jugendlichen und von jungen Menschen zwischen 25 und 30 Jahren dominiert. Welche Altersgruppen als Akteure auftreten und wie das Geschlechterverhältnis ausfällt, ist stark vom untersuchten Kontext abhängig. Verallgemeinernd kann man sagen: Je spektakulärer und »actiongeladener« die Ereignisse sind (zum Beispiel Proteste oder auch Krawalle), desto eher sind die Teilnehmer jung und männlich. Je mehr man die Alltagsszenarien des sozialen Umgangs, des Organisierens und Diskutierens betrachtet, desto höher ist der Anteil von Älteren und Frauen. Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist hingegen sehr niedrig (siehe dazu die qualitativen Studien von Hitzler/Niederbacher 2010; Matuschek u.a. 2011; Schuhmacher 2014).

Das Antifa-Spektrum wird in der Sozialwissenschaft oft ganz oder in großen Teilen dem undogmatischen Linksextremismus zugeschlagen (Pfahl-Traugber 2011). Als typisch gilt, dass sich die Antifa auf kommunistische Faschismusanalysen beruft, also von engen logischen Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus ausgeht (Blank 2014). Damit verbunden ist vielfach die Annahme, dass Angehörige der Antifa mit ihrem »Kampf gegen Rechts« eigentlich weitergehende politische Ziele verbinden und sie konkret eine grundsätzliche gesellschaftliche Umwälzung erreichen wollen.

Allerdings zeigt eine tiefergehende Analyse, dass äußerst unterschiedliche politische Vorstellungen und Motive zu einem Engagement in der Antifa-Szene führen können (Matuschek u.a. 2011; Schuhmacher 2014). Es ist zwar richtig, dass sich das Engagement der Antifa vom Anspruch her nicht allein auf die Auseinandersetzung mit »Nazis« beschränkt und sich die An-

gehörigen stets als Linke oder zum Teil auch als Linksradikale verstehen. Praktisch gibt es für Jugendliche aber andere Gründe, sich der Antifa anzuschließen: Man will sich gegen Gegner aus dem rechten politischen Lager wehren und fühlt sich von der mit der Antifa verbundenen Radikalität und Abgrenzung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft angesprochen. Weitere Motive ergeben sich aus der Tatsache, dass Antifa-Gruppen oft ein Mitmachmodell politischen Handelns bieten, das in örtlichen Jugend- und Alternativkulturen sozial besonders gut verankert ist.

Darüber hinaus liefert die Antifa ein popkulturell fundiertes Inszenierungsangebot: Zur Szene ge-

hört zum einen der politische Aktivismus, der die Mobilisierung und Aktionen gegen »rechte Gegner« umfasst, das aufklärerische Engagement der Öffentlichkeit (etwa durch Flugblätter oder Demonstrationen) und mitunter auch ein konfrontatives Auftreten. Zum anderen wird der Antifa ein bestimmter Stil zugeschrieben, bestehend aus Mode, einer sportlich-toughen Selbstdarstellung und einer gewissen Überlegenheitshaltung gegenüber anderen, sowie eine spezifische Erlebniswelt. Sie besteht aus Partys, Treffpunkten (von selbstverwalteten Jugendhäusern bis hin zu autonomen Zentren), Bands und Musikstilen (von Hardcore und Punk bis zu Elektro). Ihre Einheit schafft sich die Antifa demnach weniger über eine politisch-ideologische Übereinstimmung als über gemeinsame Werte, szenische Zugehörigkeit, Vernetzung und Darstellung.

Die Verwendung des Terminus »linksextrem« zur Beschreibung des autonomen Spektrums ist stark umstritten. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verzichten allein schon deshalb darauf, weil er anders als der Begriff Rechtsextremismus sozialwissenschaftlich weitgehend unbestimmt ist. Zudem ist der Terminus kaum geeignet, das Geflecht ideologisch sehr heterogener Gruppen zu klassifizieren. Bezüglich der Antifa-Szene scheint zudem fraglich zu sein, ob dort überhaupt eine gesellschaftspolitische Vision existiert, die über geteilte Gleichheitsansprüche und -postulate hinausgeht.

Kämpferisches Auftreten und Gewaltbereitschaft als Image

Neben diesen Ansprüchen spielen im politischen Konflikt auch Normbrüche eine große Rolle. Dazu gehören Gewalthandeln, Gewaltlegitimierung, aber auch militante Selbstdarstellungen (siehe beispielsweise Hitzler/Niederbacher 2010). Der Begriff der Militanz ist allerdings vielschichtig: Was bedeutet beispielsweise »kämpferisches Auftreten« für die Antifa-Anhängerinnen und -Anhänger selbst und was für diejenigen, die von diesem Auftreten betroffen sind? Welche sozialen Interaktionen sind damit verbunden? Speist sich die kämpferische Pose allein

aus dem politischen Konflikt mit rechten Gegnern oder auch aus den pop- und jugendkulturellen Selbstdarstellungsangeboten und -logiken? Und welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang weitere Akteure, wie zum Beispiel die Medien, die Öffentlichkeit oder die Polizei?

Die Militanz der Antifa ist einerseits real und besitzt für die Beteiligten einen Eigenwert. Sie prägt das Selbstbild eines nicht wehr- und machtlosen, sondern handlungsfähigen Akteurs, der sich dadurch auch von anderen unterscheidet, zum Beispiel von bürgerlichen Bündnissen »gegen Rechts«. Sie ist zudem wichtig für das Bild, das die anderen (vor allem die rechten Gegner) von der Antifa-Szene haben sollen. In diesem Zusammenhang kommt körperlicher Gewalt eine Bedeutung zu. Allerdings entfällt sicherheitsbehördlichen Zahlen zufolge ein Großteil der Straftaten auf Sachbeschädigungen und auf Körperverletzungen in komplexen Konfliktsituationen, wie etwa bei Protesten gegen rechte Demonstrationen (Schuhmacher 2014).

Die Bedeutung von Gewalt ergibt sich andererseits nicht allein aus der Existenz gewalttätiger Gegner, sondern auch aus der generellen Bedeutung, die eine kämpferische Selbstdarstellung und grenzüberschreitendes Verhalten in rebellischen Jugendkulturen besitzen. Militanz ist damit auch ein Etikett, mit dem sich die Antifa schmückt und das ihr gleichzeitig von anderen Akteuren zugeschrieben wird. Die kämpferische Haltung, das Drohen und das Spiel mit der eigenen Macht bringt die Beteiligten stets in die Nähe von Szenarien der gewalttätigen Auseinandersetzung, auch mit der Polizei. Mit Blick auf empirische Studien muss man aber auch sagen: Tatsächlich übt ein wohl eher kleiner Teil selbst Gewalt aus.

Auf Jugendliche übt der Mythos der Militanz starke Anziehungskraft aus

Gleichzeitig liegt aber auch nahe, dass militante Selbstdarstellungen nur dann ernst genommen werden, wenn sie in einem gewissen Maße durch Handlungsfähigkeit, also etwa auch Gewalt, unterfüttert sind. An diesem Punkt offenbart sich dann auch das spezifische – von den Beteiligten selbst dauerhaft thematisierte – Problem dieser Antifa-Politik: Vor allem auf Jüngere übt der Mythos der Militanz Anziehungskraft aus, führt somit zu einer Stärkung der Szene. Das bedeutet für die Älteren aber auch, dass sie die Debatte über die Grenzen von Gewalt und Gewaltinszenierung lebendig halten und das Verhältnis zwischen den eigenen Werten und den in der Szene akzeptierten Handlungsnormen dauerhaft austarieren müssen.

Das Bild einer gewalttätigen Antifa muss deshalb aufgrund seiner Eindimensionalität infrage gestellt werden. Zum Ersten entsteht die militante Selbstdarstellung nicht allein im Rahmen des politischen Konflikts, sondern auch im Rahmen der Jugendkultur, sie hat hier aber eine gänzlich andere Funktion. Zum Zweiten werden Gewalt und Gewaltinszenierung innerhalb der Antifa ausführlich diskutiert. Diese Debatte trägt oft selbstkritische Züge, dient jedoch auch der Legitimation des

eigenen Vorgehens (Schuhmacher 2014). Zum Dritten ist der größere Teil der Aktivitäten gar nicht gewalttätig, sondern beschränkt sich auf die Organisation von Solidarität, auf Demonstrationen, aufklärerische Aktionen oder Diskussionen (BRAVO/Weber 2015), profitiert aber gleichzeitig von dem produzierten Image.

Für die Forschung und die pädagogische Praxis wäre es sinnvoll, die vielschichtige Bedeutung des Militanz-Begriffs zu berücksichtigen und klar zu unterscheiden zwischen Gewalt-handeln, einem kämpferischem Auftreten und einer auf Selbst-inszenierung angelegten Gewaltästhetik. Dementsprechend sollte der Blick weniger auf eine zielgruppenspezifische Prävention gelenkt und stattdessen eine konfliktbezogene Deeskalation in den Mittelpunkt gestellt werden, in die gegebenenfalls auch Antifa-Angehörige direkt eingebunden werden könnten. Erprobte Formen einer Deeskalationsstrategie sind zum Beispiel die Stärkung der demokratischen Kultur in einer Kommune, in die alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen eingebunden werden (»community coaching«), oder das sensible Auftreten der Polizei bei Demonstrationen und bei der Behandlung von Protestierenden (»protest policing«). ✕

DER AUTOR

Dr. Nils Schuhmacher, Diplom-Kriminologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projekts »Rückgrat! Eine Wissenschaft-Praxis-Kooperation gegen Rechtsextremismus und gruppierungsbezogene Ablehnungen« an der Hochschule Esslingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Protest und Protestbewegungen, die Antifa-Szene sowie Rechtsextremismus.

Kontakt: nils.schuhmacher@hs-esslingen.de

LITERATUR

- BLANK, BETTINA (2014): »Deutschland, einig Antifa«? Antifaschismus als Agitationsfeld von Linksextremisten. Baden-Baden
- BÖTTICHER, ASTRID / MAREŠ, MIROSLAV (2012): Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen. München
- BRAVO (WEBER, STEFAN; 2015): »Ich kämpfe gegen rechte Gewalt«. In: BRAVO, Heft 3, S. 68–69
- FARIN, KLAUS (2015): Die Autonomen. Berlin
- HITZLER, RONALD / NIEDERBACHER, ARNE (2010): Szenedarstellungen: Antifa. In: Dies.: Leben in Szenen. Formen juveniler Vergemeinschaftung heute. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden, S. 34–39
- MATUSCHEK, INGO / KRÄHNKE, UWE / KLEEMANN, FRANK / ERNST, FRANK (2011): Kartografierung des linksaffinen Spektrums. In: Dies.: Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. Wiesbaden, S. 37–104
- PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN (2011): »Antifaschismus«, »Antiglobalisierung« und »Antirepression«: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1135. Berlin, S. 163–181
- SCHUHMACHER, NILS (2014): »Nicht nichts machen«? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa. Duisburg

Wie Jugendliche zu Islamisten werden

Die Ursachen für eine Radikalisierung sind individuell unterschiedlich. Häufig haben die jugendtypische Suche nach Identität und Rebellion gegen die Eltern eine große Bedeutung. Aber der Prozess ist stets ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren und keineswegs geradlinig.

Von Maruta Herding und Joachim Langner

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stellen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen verstärkt die Frage, wie und warum junge Menschen aus »dem Westen« sich an Gewalttaten mit islamistischem Hintergrund beteiligen oder diese gutheißen. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigte im Januar 2015 der Anschlag auf das französische Satiremagazin »Charlie Hebdo«, aber auch der vereitelte Terroranschlag in Hessen sowie Anschläge auf jüdische Einrichtungen, auf Soldaten und auf öffentliche Verkehrsmittel. Europäische Kämpferinnen und Kämpfer beteiligen sich an Konflikten im Ausland (zum Beispiel im Irak, in Syrien, Afghanistan oder Tschetschenien), und in vielen Ländern finden konfliktgeladene öffentliche Debatten um Einwanderung oder über das öffentlichkeitswirksame Auftreten islamistischer Gruppen (zum Beispiel der sogenannten Schariapolizei) statt. Vor diesem Hintergrund suchen Politik, Pädagogik und Jugendhilfe nach Wegen des Umgangs und der Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.

Der Umfang der wissenschaftlichen Literatur, die Hintergründe und Bedingungen für Radikalisierung (siehe Glossar, S. 36) in diesem Kontext herausarbeitet, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Die empirische Datengrundlage bleibt dennoch dürftig. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr schwierig ist, junge Menschen bereits in einem frühen Stadium der Radikalisierung ausfindig zu machen und ihre Motive und Hintergründe sozialwissenschaftlich zu erforschen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben im Wesentlichen zwei Lösungswege gefunden, um dennoch an Forschungsma-

terial zu gelangen: Zum einen werden die Werdegänge von (terroristischen) Gewalttäterinnen und Gewalttätern rückblickend untersucht. Dazu werden zum Beispiel Gerichtsakten, Zeitungsartikel oder Experteninterviews ausgewertet, also Informationen, die von Dritten zu nichtwissenschaftlichen Zwecken zusammengestellt wurden. Ein anderer Weg ist es, junge Musliminnen und Muslime aus islamistischen Kontexten zu befragen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Radikalisierungsfaktoren schon dort auszumachen sind, wo Radikalisierung möglicherweise beginnt. Bei diesem Ansatz wird oft nur unzureichend deutlich, inwieweit es tatsächlich eine konkrete Verbindung von den Befragten zu gewaltorientiertem Islamismus gibt.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich daraus, dass Begriffe wie Islamismus, Dschihadismus, Salafismus, islamischer Extremismus oder Fundamentalismus (siehe Glossar, S. 35) von Studie zu Studie sehr un-

terschiedlich definiert und verwendet werden. So bleibt oft unklar, inwiefern sich Untersuchungen tatsächlich auf Aspekte eines gemeinsamen Phänomenzusammenhangs beziehen. Die Befunde bilden eher Blitzlichter aus einem komplexen und vielschichtigen Spektrum von Erscheinungen. Dabei unterliegen die Forschungsperspektiven zu einem gewissen Grad auch der Aufmerksamkeitslenkung durch Medien, Sicherheitsbehörden und Politik, in denen das Themenfeld sehr präsent ist.

Darüber hinaus ist das »Phänomen« selbst – je nach angelegter Definition – schwierig mit Daten zu untermauern. Eine grobe Orientierung bieten jedoch die Zahlen der Verfassungsschutzbehörden. Diese registrierten im Jahr 2013 zum Beispiel

Die jugendliche Suche nach Lebenssinn kann einen wichtigen Anknüpfungspunkt für den radikalen Islam darstellen.



Teilnehmer bei einer Kundgebung des umstrittenen Islam-Predigers Pierre Vogel in Frankfurt am Main im Jahr 2011

etwa 5.500 Salafistinnen und Salafisten in Deutschland (Bundesamt für Verfassungsschutz u.a. 2014, S. 206). Anfang des Jahres 2015 gingen die Behörden bereits von etwa 7.000 aus. Von diesen werden einige Hundert als »gewaltbereit« eingeschätzt. Zudem waren den deutschen Sicherheitsbehörden bis Mitte 2014 378 vorwiegend junge Menschen bekannt, die nach Syrien und in den Irak ausgereist sind (ebd.). Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen liefert die Forschung einige zentrale Erklärungsansätze.

Viele Radikalisierte waren zuvor wenig religiös

Radikalisierte Jugendliche sprechen häufig von der Pflicht, sich dem wahren Islam anzuschließen, das Kalifat im sogenannten »Islamischen Staat« aufzubauen oder die islamische Gemeinschaft, die Ummah, zu verteidigen. Es lassen sich jedoch auch tieferliegende Gründe und anders gelagerte Ursachen identifizieren.

Viele Studien betonen die Rolle, die die jugendphasentypische Ablösung und Neuorientierung für die islamistische Radikalisierung spielt. Niederländische und dänische Untersuchungen zeigen, dass die jugendliche Suche nach Identität und Lebenssinn einen wichtigen Anknüpfungspunkt für den

radikalen Islam darstellen kann (Buijs/Demant/Hamdy 2006; de Koning 2009; Hemmingsen 2010).

Ein weiterer Faktor können Krisen und Erfahrungen des Scheiterns sein (Wiktorowicz 2005). Eine Fallstudie zu einem Mitglied der sogenannten »Sauerlandgruppe« (einer im Jahr 2007 aufgedeckten deutschen terroristischen Zelle) arbeitet zum Beispiel den Einfluss mehrerer solcher Erfahrungen auf die Radikalisierung heraus – Scheidung und »Ehekrieg« der Eltern, Selbstmordversuch der Mutter, Schulabbruch, ungewollte Schwangerschaft der Freundin und Enttäuschung durch beste Freunde. Der geplante Anschlag wird hier als Kompensation für eine »misslungene« Biografie interpretiert (Schäuble 2011).

Eine Gemeinsamkeit vieler gewalttätiger Islamisten ist, dass die meisten von ihnen zunächst »religiöse Neulinge« sind. Sie sind oft aus einer anderen Religion zum Islam konvertiert oder religiös »Wiedererweckte« mit muslimischem Familienhintergrund (Revertiten). Sie sind theologisch nicht versiert, was sie potentiell empfänglich für radikale Auslegungen in Predigten macht, da sie nicht in der Lage sind, unterschiedliche Versionen des Islams gegeneinander abzuwägen oder theologische Gegenargumente zu liefern (Wiktorowicz 2005; Precht 2007; Verfassungsschutz Berlin 2014). >

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vermuten, dass Diskriminierung und Marginalisierung weitere wichtige Faktoren bei der Hinwendung zum (gewaltorientierten) Islamismus darstellen (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997; Wiktorowicz 2005; Slooman/Tillie 2006). Diskriminierung kann nicht nur als persönliche Ausgrenzung erlebt werden, sondern gerade auch die in Bezug auf das Kollektiv der Musliminnen und Muslime wahrgenommene Demütigung kann radikale Positionen befördern (Brettfeld/Wetzels 2007; Al-Lami 2009; Sirseloudi 2010). Methodisch ist es jedoch schwierig, einen kausalen Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und Radikalisierung zu belegen.

Viele Forscherinnen und Forscher teilen die Auffassung, dass sich islamistische Radikalisierung nur im Kontext von Integrationsdebatten, Sicherheitsdiskursen und Muslimfeindlichkeit verstehen lässt (beispielsweise Abbas 2011; Kühle/Lindekilde 2010; de Koning 2013); zum einen, weil solche gesellschaftlichen Debatten die Ursache für Diskriminierungserfahrungen oder -empfindungen sein können, zum anderen, weil radikale Führer daran anknüpfen und solche Wahrnehmungen verstärken und zum Teil auch konstruieren können. Außerdem ist es möglich, dass sich gesellschaftliche Polarisierungen wie Rechtspopulismus und Islamismus gegenseitig verstärken.

Das Spiel mit dem jugendlichen Bedürfnis nach Nervenkitzel und Protest

Der Einstieg in eine radikale Gruppe oder ein radikales Milieu geschieht häufig über Kontakte zu Gleichaltrigen (Peers; beispielsweise Wiktorowicz 2005; Schäuble 2011). Darüber hinaus können auch Gesprächspartner in Chatrooms, Moschee-Gemeinden, religiöse Führer, Eltern, Sporttrainer oder Mithäftlinge einen Zugang ermöglichen (Lützing 2010; HKE 2014). Nach der ersten Annäherung führt die zunehmende Intensität der Gruppeninteraktion bei gleichzeitiger Distanzierung von früheren Kontakten zu einer Veränderung der Werte: »in-group love« (die Verbundenheit innerhalb der Gruppe) steigert »out-group hate« (den Hass auf andere, die dieser Gruppe nicht angehören; Sageman 2008, S. 86–87).

Mit Blick auf die Anziehungskraft, die der gewaltorientierte Islamismus auf Jugendliche hat, fällt das Spiel mit dem jugendlichen Bedürfnis nach Action und Nervenkitzel, nach Protest und Provokation auf, das sich auch in einem sich bewusst abgrenzenden äußeren Erscheinungsbild (Hemmingsen 2010; Dantschke u.a. 2011) oder in der Bevorzugung »salafistischer

Kampflieder« widerspiegelt (Verfassungsschutz Berlin 2011). Der Salafismus kann eine Gegenidentität sowohl zur Mehrheitsgesellschaft als auch zur Elterngeneration bieten, die beispielsweise einen traditionelleren Islam lebt oder kaum religiös ist (de Koning 2009).

Zudem verspricht der Salafismus seinen Anhängerinnen und Anhängern eine moralische und intellektuelle Überlegenheit (Meijer 2009). Bei einem Mitglied des »Hofstad-Netzwerks«, einer ehemaligen terroristischen Gruppe in den Niederlanden, spielten Endzeitdenken und Vorstellungen von der eigenen Rolle im Kampf von Gut gegen Böse eine wesentliche Rolle (Buijs/Demant/Hamdy 2006). Das Selbstverständnis von Islamistinnen und Islamisten als »auserwählte Avantgarde«, die den wahren Islam lebt und der das Paradies bevorsteht, scheint eine besondere Attraktivität für Jugendliche zu haben (Hemmingsen 2010; Sinclair 2010; de Koning 2013).

Eine Deradikalisierung ist zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen

Eine Hinwendung zum gewaltorientierten Islamismus geschieht nie aufgrund eines einzelnen Faktors. Sie ist immer ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren, und selbst wenn viele dieser Faktoren vorliegen, muss nicht notwendigerweise eine Radikalisierung stattfinden. Die Literatur zeigt zudem, dass Radikalisierung kein geradliniger Prozess ist, sondern einer, der sich verstärken, wieder abflauen und an verschiedenen Stellen auch abbrechen kann, so dass eine Deradikalisierung nie ausgeschlossen ist. Ansatzpunkte für Prävention und Intervention bestehen an diversen Punkten im Radikalisierungsprozess.

Bisher praktizierte Ansätze setzen vor allem im Vorfeld von Radikalisierung an: Sie zielen zum Beispiel darauf ab, jungen Menschen Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen oder bei ihnen religiöse Bildungsprozesse anzuregen, um radikalen Botschaften etwas entgegenzusetzen zu können. Pädagogische Angebote können zudem radikalierungsgefährdeten jungen Menschen Alternativen aufzeigen und ihnen sowie ihren Angehörigen Hilfestellung bieten.

In Deutschland finden sich inzwischen auch Projekte, die Möglichkeiten zum Ausstieg aus radikalen Gruppen anbieten und die gesellschaftliche Re-Integration unterstützen. Anders als im pädagogischen Umgang mit Rechtsextremismus sind derartige hilfeorientierte Ansätze und Angebote in der Auseinandersetzung mit (gewaltorientiertem) Islamismus hierzu-

Die wahrgenommene Demütigung des Kollektivs der Musliminnen und Muslime kann radikale Positionen befördern.

lande bisher allerdings nur begrenzt entwickelt. Dies könnte sich jedoch in den nächsten Jahren ändern, da aktuelle Bundesprogramme und Länderinitiativen zur Demokratieförde-

rung und Radikalisierungsprävention einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit islamistisch radikalisierten oder gefährdeten jungen Menschen legen. ✕

DIE AUTORIN, DER AUTOR

Dr. Maruta Herding ist Soziologin und wissenschaftliche Referentin in der »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention« am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Zuvor promovierte sie an der Universität Cambridge über islamische Jugendkultur in Westeuropa.

Kontakt: herding@dji.de

Joachim Langner hat Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und Ethnologie studiert und ist wissenschaftlicher Referent am DJI. Hier arbeitet er in der Evaluation des Bundesprogramms »Demokratie leben!« und in der »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention«.

Kontakt: jlangner@dji.de

LITERATUR

- **ABBAS, TAHIR** (2011): Islamic radicalism and multicultural politics – The British experience. Abingdon/New York
- **AL-LAMI, MINA** (2009): Studies of radicalisation – state of the field report. Im Internet verfügbar unter: www.rhul.ac.uk/politicsandir/documents/pdf/pirworkingpapers/pirworkingpaper11-january2009minaal-lima,studiesinradicalisationstateofthefieldreport.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- **BRETTFELD, KATRIN / WETZELS, PETER** (2007): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Hamburg
- **BUIJS, FRANK J. / DEMANT, FROUKJE / HAMDY, ATEF** (2006): Strijders van eigen bodem: radicale en democratische moslims in Nederland. Amsterdam
- **BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (BFV) / BUNDESKRIMINALAMT / HESSISCHES INFORMATIONS- UND KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS (HKE; 2014)**: Analyse der den deutschen Sicherheitsbehörden vorliegenden Informationen über die Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind. Im Internet verfügbar unter: www.pti-kassel.de/institut/download/praeventionsnetzwerk_salafismus_analyse.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- **BUNDESMINISTERIUM DES INNERN** (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Im Internet verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- **DANTSCHKE, CLAUDIA / MANSOUR, AHMAD / MÜLLER, JOCHEN / SERBEST, YASEMIN** (2011): »Ich lebe nur für Allah«. Argumente und Anziehungskraft des Salafismus. ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur. Berlin
- **DE KONING, MARTIJN** (2009): Changing worldviews and friendship. An exploration of the life stories of two female salafists in the Netherlands. In: Meijer, Roel (Hrsg.): Global salafism. Islam's new religious movement. London/New York, S. 372–392
- **DE KONING, MARTIJN** (2013): »We reject you« – »Counter-conduct« and radicalisation of the Dutch Hofstad network. In: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Halle (Saale), S. 92–109

- **HEITMEYER, WILHELM / MÜLLER, JOACHIM / SCHRÖDER, HELMUT** (1997): Verlockender Fundamentalismus: Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt am Main
- **HESSISCHES INFORMATIONS- UND KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS (HKE; 2014)**: Radikalisierungshintergründe und -verläufe von 23 Syrien-Ausreisenden aus dem Rhein-Main-Gebiet. Ergebnisse einer polizeilichen Aktenauswertung des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE). Hessisches Ministerium des Innern und für Sport. Wiesbaden
- **HEMMINGSEN, ANN-SOPHIE** (2010): The Attractions of jihadism. An identity approach to three Danish terrorism cases and the gallery of characters around them. University of Copenhagen. Im Internet verfügbar unter: www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/A3D4D315-DD58-45BB-B97C-86EB7D6E6BFF/0/the_attractions_of_jihadism.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- **KÜHLE, LENE / LINDEKILDE, LASSE** (2010): Radicalization among young muslims in Aarhus. Research report prepared for the Centre for Studies in Islamism and Radicalisation (CIR), Aarhus University (Denmark). Aarhus
- **LÜTZINGER, SASKIA** (2010): Die Sicht der Anderen: Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Köln
- **MEIJER, ROEL** (2009): Introduction. In: Global salafism: Islam's new religious movement. New York, S. 1–32
- **PRECHT, TOMAS** (2007): Home grown terrorism and islamist radicalisation in Europe. In: Retrieved September 11, S. 2009
- **SAGEMAN, MARC** (2008): A strategy for fighting international islamist terrorists. In: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 618, S. 223–231
- **SCHÄUBLE, MARTIN** (2011): Dschihadisten: Feldforschung in den Milieus. Die Analyse zu Black Box Dschihad. Berlin
- **SINCLAIR, KIRSTINE** (2010): The caliphate as homeland: Hizb ut-Tahrir in Denmark and Britain. University of South Denmark. Im Internet verfügbar unter: <http://static.sdu.dk/mediafiles/0/D/1/7B0D1B4B59-9755-44EB-887E-90595D8D461D%7DKirstine%20Sinclair%20ph%20d%20afhandling.pdf> (Zugriff: 29.04.2015)
- **SIRSELOUDI, MATENIA** (2010): Radikalisierungsprozesse in der Diaspora. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Heft 44, S. 39–42
- **SLOOTMAN, MARIEKE / TILLIE, JEAN** (2006): Processes of radicalisation. Why some Amsterdam muslims become radicals. University of Amsterdam, Institute for Migration and Ethnic Studies (IMES). Amsterdam
- **VERFASSUNGSSCHUTZ BERLIN** (2011): Vom Gangster-Rap zum Jihad-Aufruf – Radikalisierende Hymnen »neugeborener« Salafisten. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz. Berlin
- **VERFASSUNGSSCHUTZ BERLIN** (2014): Denis Cuspert – eine jihadistische Karriere. Berliner Verfassungsschutz, Lageanalyse. Berlin. Im Internet verfügbar unter: www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/lageanalyse_denis_cuspert.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- **WIKTOROWICZ, QUINTAN** (2005): Radical islam rising: Muslim extremism in the West. Lanham/Maryland



Im Sog des Pop-Dschihadismus

Junge Muslime in Deutschland fühlen sich stärker zum Islamismus hingezogen, wenn sie sich als überfordert und unverstanden erleben. Daran setzen dschihadistisch-salafistische Gruppen mit einfachen Wahrheiten und einem starken Gemeinschaftsgefühl an – mit Erfolg.

Von Nils Böckler und Andreas Zick

Der Dschihad hat Europa längst erreicht und prägt zunehmend die Sozialisation Jugendlicher, die sich mit ihm identifizieren (siehe Glossar, S. 35). Seit der Intervention westlicher Staaten in islamischen Regionen, vor allem in Afghanistan und im Irak, haben sich islamistische Terrororganisationen verstärkt einer transnationalen Agenda verschrieben. Dschihadistinnen und Dschihadisten fokussieren ihre Rekrutierungsbemühungen auf westliche Staaten und bringen westlich sozialisierte Muslime dazu, Anschläge in ihren Heimatländern durchzuführen und sich dem Dschihad anzuschließen (siehe auch S. 25 in diesem Heft). Die Führungszi-

kel eines internationalen Dschihad verbreiten eine Ideologie, mit dem sich Islamisten überall auf der Welt identifizieren können. Gleichzeitig werden Attentate heute primär durch autonome Zusammenschlüsse und durch Einzeltäter verübt. Um das zu erreichen, müssen Terrororganisationen in die Sozialisation westlicher Kinder und Jugendlicher eingreifen.

Dschihadistisch-salafistische Milieus haben sich in Europa ausgebreitet und bilden signifikante Radikalisierungskontexte sowie Sympathisanten- und Unterstützernetze des Terrorismus. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) registrierte im Jahr 2011 etwa 3.800 Salafistinnen und Salafisten in Deutsch-

» Ein Großteil der Anhängerschaft des Salafismus lehnt Gewalt als eine nicht legitime Handlungsform ab.«

land (siehe Glossar, S. 37; BMI 2011). 2013 waren es 5.500 (BMI 2013), und Anfang des Jahres 2015 ging das BfV bereits von etwa 7.000 aus. Es handelt sich jedoch um ein heterogenes Netzwerk, das nicht undifferenziert als gewaltorientiert betrachtet werden sollte (Hummel 2014). Ein Großteil der Anhängerschaft lehnt Gewalt als eine nicht legitime Handlungsform ab. Das BfV vermutet etwa 260 gewaltorientierte salafistisch-dschihadistische Gefährder in Deutschland.

Im Jahr 2015 sind etwa 650, größtenteils junge Menschen aus Deutschland in den Irak und nach Syrien gereist, um mit einem und für einen »Islamischen Staat« zu töten oder diesen vor Ort zu unterstützen. 89 Prozent der Ausreisenden waren zuvor bereits in salafistisch geprägten Netzwerken aktiv (BfV u.a. 2014).

Dschihadistische und salafistische Gruppierungen werben in Moscheen, Islam-Seminaren und Innenstädten sowie in Jugendeinrichtungen um Mitglieder. Auch das Internet ist für sie zu einem einflussreichen Instrument geworden – sowohl für die transnationale Vernetzung, Ansprache und Rekrutierung als auch für die Verbreitung von Gewaltaufrufen und -androhungen. Auf der Straße wie im Internet geht es den Islamistinnen und Islamisten mit ihren Aktionen um Sichtbarkeit, Legitimität sowie größtmögliche soziale Resonanz. Kampagnen, Demonstrationen und Konfrontationen mit der Polizei oder mit politischen Gegnern werden im Internet kommentiert und zur weiteren Mobilisierung genutzt. Propagandisten haben sich unter anderem darauf spezialisiert, Onlinenetzwerke zu instrumentalisieren.

Bei den Internetaktivitäten von Sympathisanten aus Deutschland zeigt sich, dass ihre Aktivitäten nicht losgelöst von Verstrickungen mit salafistisch geprägten Netzwerken in der realen Welt betrachtet werden können. Dies gilt sowohl für die Dschihad-Reisenden als auch für islamistische Gewalttäter. Bis auf den 21-jährigen Arid U., der im Jahr 2011 am Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten getötet hat, waren alle islamistischen Aktivisten, die Anschläge in Deutschland vorbereitet hatten, in salafistische Strukturen im In- und/oder Ausland eingebunden.

Der Erstkontakt mit den Netzwerken, die im weiteren Prozess der Radikalisierung als moralische, ideologische und logistische Unterstützung dienen, erfolgt in der Regel über Bekann-

te, Freunde oder Familienmitglieder. Bei Einzeltätern weiß die Forschung zwar noch wenig über die Charakteristika ihrer Ideologieaneignung oder eventuelle psychopathologische Einflussfaktoren. Aber Studien und Analysen weisen darauf hin, dass sogenannte Lone Wolves (»einsame Wölfe«) einen größeren Mangel an sozialen Kompetenzen (sowie zum Teil soziale Ängste und andere psychische Belastungen) aufweisen als Personen, die ihre Taten als Teil einer Gruppe planen (Gill/Horgan/Deckert 2014). Das Internet bietet dabei einen besonderen Sozialisationsraum: Es eröffnet die Möglichkeit, dass sich Menschen den sozialen Beziehungen, die sie als belastend erlebt haben, entziehen können. Gleichzeitig wenden sie sich im Internet einer neuen sozialen Identität zu, mit der sie ihre alte überlagern und ersetzen.

Um den Sozialisationsstress zu bewältigen, suchen Jugendliche neue Identitäten

Die Radikalisierung, die hier als Sozialisationsprozess zum gewaltorientierten Islamismus verstanden wird, prägt in erster Linie das Jugend- und das junge Erwachsenenalter. Junge Menschen scheinen dafür vor allem in der Altersspanne von 14 bis 35 Jahren empfänglich zu sein (Bouhana/Wikström 2011). Das Streben nach der Unabhängigkeit vom Elternhaus, die zunehmende Wichtigkeit des Freundes- und Bekanntenkreises für die Sozialisation sowie die Ausdifferenzierung der Lebenssphären gehen mit der Bildung neuer sozialer Netzwerke einher und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, mit radikalen Ideen konfrontiert zu werden.

Die bisher identifizierten Risikofaktoren, welche die Gefahr einer Radikalisierung erhöhen, sind allerdings wenig spezifisch. Die Forschung deutet weder auf ein klares Persönlichkeits- noch auf ein Sozialprofil hin. Die Biografien von Dschihadistinnen und Dschihadisten zeichnen sich vielmehr durch Faktoren aus, die generell das Risikoverhalten im Jugendalter begünstigen und die als entwicklungsgefährdend gelten (zum Beispiel Konflikte und Gewalterfahrungen in Familie, Schule und Gleichaltrigen-gruppe oder niedrige Selbstwirksamkeitserfahrungen).

Bei Tätern, die aufgrund gewaltorientierter terroristischer Aktivitäten in Deutschland verurteilt wurden, zeigt sich, dass sie mit ihrer Lebensführung und selbst gesetzten Zielen ge-

» Zwei Drittel der deutschen Syrienausreisenden waren schon vor ihrer Ausreise durch Gewalt-, Eigentums- und Drogendelikte aufgefallen.«

scheitert waren. Unabhängig davon, ob diese Dschihadisten in Deutschland aufgewachsen oder eingewandert sind, haben sie ähnliche Schwierigkeiten: Sie sind unfähig, sich in die bestehende Gesellschaft einzuordnen, sie haben Probleme damit, eine eigene Identität zu entwickeln und sie verfügen kaum über Strategien, um mit der als schwierig empfundenen Lebensphase des Erwachsenwerdens umzugehen (Leygraf 2014). Auch bei deutschen Syrienausreisenden wurde zum Beispiel festgestellt, dass 66 Prozent von ihnen ein erhöhtes Risikoverhalten aufwiesen – sie waren schon vor ihrer Ausreise durch Gewalt-, Eigentums- und Drogendelikte aufgefallen (BfV u.a. 2014).

Eine besonders wichtige Rolle in der Biografie von Täterinnen und Tätern spielt das Scheitern an den Entwicklungsanforderungen. Das sind Herausforderungen, die im Lebensverlauf von jedem Menschen individuell bewältigt werden müssen, zum Beispiel körperliche Veränderungen, der Aufbau sozialer Beziehungen oder die Entwicklung eines Wertesystems. Sie sind für Menschen schwieriger zu bewältigen, die sich einerseits von ihrem kulturellen Heimatkontext entfernt haben, andererseits in ihrem neuen Lebensmittelpunkt noch nicht kulturell verankert sind – beispielsweise Migrantinnen und Migranten oder Flüchtlinge. Die Adaptation von Gegenidentitäten ist eine mögliche Reaktion, um mit dem Sozialisationsstress besser umgehen zu können.

Der Neo-Islam muslimischer Migrantinnen und Migranten ist ein soziales Phänomen, das durch zweiseitige Abgrenzung charakterisiert ist: erstens zum Deutschsein durch eine demonstrative Hinwendung zur muslimischen Identität; zweitens zum Elternhaus, indem die eigene Religiosität mit zahlreichen westlichen popkulturellen Anleihen gespickt wird (beispielsweise T-Shirts mit dem Aufdruck »Style-Islam« oder »I love my prophet« in Graffiti-schrift). Junge Erwachsene mit hybriden kulturellen Identitäten schaffen sich so eine biografisch anschlussfähige Brücke zwischen den Anforderungen ihrer Alltagswelt und der muslimischen Tradition (Foroutan 2013).

Je unüberwindbarer sie Anpassungskrisen aber erleben, desto größer ist die Gefahr, dass sie unbefriedigte Anerkennungs- und Integrationsbedürfnisse durch den Anschluss an Kollektive kompensieren, die Schuldige für ihre erlebte Misere präsentieren. Damit verbunden ist eine Abgrenzung vom Feind-

bild. Islamistische Propaganda, die »Hollywoodschick« mit einer Ideologie verbindet, greift dieses Bedürfnis nach Kompensation auf. Radikalisierungsprozesse keimen dort, wo Propaganda in die Sozialisation sinnstiftend eingreifen kann.

Gegen die »westliche Verschwörung« erscheint der Dschihad als einzige Lösung

Dschihadistische Propaganda betont die kulturelle Unvereinbarkeit des Islams mit der westlichen Lebensweise. Der Westen wird als verschwörerisch dargestellt, der den Islam und das Unbekannte dämonisiert. Dschihadistische Organisationen skizzieren als Gegenmodell zu Desintegration und Handlungslosigkeit eine Gemeinschaft, die Identität durch Bindung und Gehorsam schafft. Sie stellt dazu klare Normen, Werte und Handlungsskripte bereit und diagnostiziert den Opferstatus der Muslime als Resultat westlichen Terrors. Der Dschihad wird dadurch zur Rettung erklärt und Loyalität sowie Abschottung sind die handlungsleitenden Formeln.

Die Mobilisierer steuern dabei die für die Identität notwendige Übereinstimmung zwischen dschihadistischer Propaganda und den Einstellungs- und Meinungsmustern potenzieller Rekruten. Sie stellen eine soziale Wechselseitigkeit her, gehen auf die Sorgen der jungen Generation ein und verweisen auf ihre eigene Biografie. Damit täuschen sie einen Beweis für die Wahrhaftigkeit ihrer Botschaft vor (Guadagno u.a. 2010). Vor ihrer Konversion beziehungsweise ihrem dschihadistischen Handeln, so schildern sie es potenziellen Rekruten, sei ihr Leben leer und sinnlos gewesen, nun gehörten sie jedoch zu einer Avantgarde, welche für den wahren Islam kämpfe.

Auch das Gruppenopfer wird ein Identitätsaspekt, der medial vermittelt wird, indem zum Beispiel extremistische Online-Magazine Täter als Märtyrer feiern. Vor allem für männliche Heranwachsende in Krisensituationen kann die Identifikation mit dschihadistischen »Stars« eine Option sein, ihre Identität neu zu definieren.

Unter den deutschen Syrienausreisenden sind etwa 11 Prozent Frauen. Trotz einer erheblichen Dunkelziffer scheint der Großteil von ihnen weniger aus individuellem Entschluss und der Intention zur Gewaltanwendung auszureisen. Großen Einfluss auf die Entscheidung haben Ehepartner beziehungsweise

das nähere soziale Umfeld (BfV u.a. 2014). Zudem greift bei ihnen die Propaganda in den Sozialisationsprozess ein: In zahlreichen Videos und Blogbeiträgen berichten junge Frauen aus dem idyllischen Leben in Raqqa und dem unterstützungswerten Mut der Dschihadisten; gleichzeitig wird an die Empathie und die Familienorientierung junger Frauen appelliert (siehe auch S. 25 in diesem Heft).

Die Forschung geht nur unzureichend auf die Fachpraxis ein

Menschen, die in Anpassungskrisen geraten und sich als nicht gleichwertig zu anderen erleben, sind potenziell anfällig für extremistische Propaganda. In Bezug auf die Ausdifferenzierung solcher Dynamiken, aber auch hinsichtlich der Übernahme verschiedener Rollen in terroristischen Netzwerken, besteht noch erheblicher Forschungsbedarf.

Eine Herausforderung für die Forschung zu Radikalisierungsprozessen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konflikten ergibt sich aus dem Umstand, dass Forschungsbemühungen verschiedener Disziplinen (Politikwissenschaft,

Soziologie, Kriminologie, forensische Psychologie) isoliert nebeneinander herlaufen.

Im Zuge der Untersuchung von Radikalisierungsprozessen können auch islamfeindliche Ressentiments, welche die Themenkomplexe Migration, Integration, gewaltorientierte Radikalisierung und Islamisierung vermengen und auf jegliche Differenzierung verzichten, nicht ausgeklammert werden. Diese gehen zum einen mit der Stigmatisierung von Musliminnen und Muslimen einher und bereiten zum anderen den Nährboden für integrationsfeindliche Zusammenschlüsse wie zum Beispiel in Deutschland »Pegida« und ihre Ableger, die dann wieder zum Teil dschihadistischer Propaganda werden und zur Co-Radikalisierung beitragen.

Darüber hinaus finden auch die Analysen von staatlichen Behörden und universitären Einrichtungen weitestgehend getrennt voneinander statt. Die Forschung geht nur unzureichend auf die Bedürfnisse der Praxis ein, gleichzeitig nimmt sie die vielfältigen und grundlegenden Einsichten aus der Praxis nur selten zur Kenntnis. Diese strukturellen Entwicklungen stehen dem Verständnis von Radikalisierungsprozessen entgegen und schmälern derzeit noch die Praxisrelevanz der Forschungsbefunde. ✕

DIE AUTOREN

Dipl.-Päd. Nils Böckler hat Erziehungswissenschaft und Psychologie studiert und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am »Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung« der Universität Bielefeld. In dem Projektverbund »Tat- und Fallanalysen hoch expressiver, zielgerichteter Gewalt« (TARGET), welcher vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, forscht er zu Radikalisierungsprozessen terroristischer Einzeltäter und autonomer Zellen. Weitere Arbeitsschwerpunkte von ihm liegen im Bereich der Gewalt-, Jugend- und Sozialisationsforschung. Hier beschäftigte er sich insbesondere mit den Themen »School Shootings« sowie Extremismus und Hass in virtuellen Netzwerken.

Kontakt: nils.boeckler@uni-bielefeld.de

Prof. Dr. Andreas Zick ist Direktor des »Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung« sowie Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld. Seine Forschungsinteressen umfassen Konflikte zwischen Gruppen sowie Analysen von Beeinflussungen durch Vorurteile und Diskriminierung und der Entwicklung und Eskalation von Konflikten ebenso wie die Schwerpunkte der Akkulturation, Rechtsextremismus, Gewalt und Radikalisierung. Der Psychologe ist Chief Editor des »International Journal of Conflict and Violence« sowie Mitglied diverser wissenschaftlicher Beiräte und Expertengremien.

Kontakt: zick.ikg@uni-bielefeld.de

LITERATUR

- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (2011/2013): Verfassungsschutzbericht
- BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (BFV) / BUNDESKRIMINALAMT / HESSISCHES INFORMATIONS- UND KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS (2014): Analyse der den deutschen Sicherheitsbehörden vorliegenden Informationen über die Radikalisierungshintergründe und -verläufe von Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind
- BOUHANA, NOÉMIE / WIKSTROM, PER-OLOF (2011): Al Qai'da-influenced radicalisation: A rapid evidence assessment guided by situational action theory. London
- FOROUTAN, NAIKA (2013): Hybride Identitäten. In: Dabeisein und Dazugehören. Wiesbaden, S. 85–99
- GILL, PAUL / HORGAN, JOHN / DECKERT, PAGE (2014): Bombing alone: Tracing the motivations and antecedent behaviors of lone-actor terrorists. In: Journal of forensic sciences, Heft 2, S. 425–435
- GUADAGNO, ROSANNA E. / LANKFORD, ADAM / MUSCANELL, NICOLE L. / OKDIE, BRADLEY M. / MCCALLUM, DEBRA M. (2010): Social influence in the online recruitment of terrorists and terrorist sympathizers: Implications for Social Psychology Research. In: Revue internationale de psychologie sociale, Heft 1, S. 25–56
- HUMMEL, KLAUS (2014). Salafismus in Deutschland – Eine Gefahrenperspektive. In: Hummel, Klaus / Logvinov, Michail (Hrsg.): Gefährliche Nähe: Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Stuttgart
- LEYGRAF, NORBERT (2014). Zur Phänomenologie islamistisch-terroristischer Straftäter. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, Heft 4, S. 237–245

Kriegsführung 2.0

Die Medienstrategie der Terrormiliz »Islamischer Staat« ist erfolgreich: Durch die professionelle Nutzung der sozialen Medien instrumentalisiert sie viele Menschen – und wird dadurch auch für westliche Staaten gefährlich.

Von Nico Prucha



Der selbsternannte »Islamische Staat« (IS) hat im Juni 2014 Gebiete in Syrien und im Irak besetzt. In einer Art Blitzkrieg nahm er mehrere Städte ein und rief ein »Kalifat« aus. Das Bild der angeblich 800 IS-Kämpfer, die die irakische Armee in Mosul in die Flucht schlugen, schlachtete der IS in den sozialen Medien propagandistisch aus. Während und nach dieser Bodenoffensive wurden über offizielle Twitter-Accounts Kriegsberichte, Bilder und Videos veröffentlicht, zeitweise unmittelbar nach oder während der Kampfhandlungen. Ali Fisher, ein Datenanalyst und Social Media-Spezialist, geht davon aus, dass während der Juni-Of-

fensive im Jahr 2014 von 20 IS-Twitter-Accounts über eine viertel Million Tweets abgesetzt beziehungsweise vom IS oder von Sympathisanten und Unterstützern retweeted wurden (Fisher/Bartlett 2015).

Die Netzwerke des IS sind belastbar und sicher gegen Zugriffe von außen

Der IS ist eine revolutionäre Gruppe, die es versteht, eine professionelle und ideologisch kohärente Medienstrategie zu verfolgen. Er bedient sich wie keine andere Terror- beziehungs-

»Twitter ist eine wichtige Plattform für den IS, weil arabische und europäische Kämpfer durch ihre Mobiltelefone eine direkte Kommunikationslinie mit ihren Freunden und Verwandten unterhalten.«

weise Interessensgruppe systematisch des Internets, um seine Botschaften erfolgreich weltweit und multilingual zu vermarkten. Social Media, primär Twitter, wird vom IS als die wichtigste Plattform eingestuft. Im Sekundentakt wird die Propaganda des IS verbreitet. Twitter ist unter anderem deswegen dafür besonders gut geeignet, weil arabische und europäische Kämpfer für den IS (»Foreign Fighters«) durch ihre Mobiltelefone eine direkte Kommunikationslinie mit ihren Freunden und Verwandten in ihren Herkunftsländern unterhalten. Die Netzwerke des IS sind belastbar und widerstandsfähig – sowohl ideologisch als auch technisch gegen einen möglichen Einfluss von außen oder gegen Interferenzen mit dem Ziel, die radikalen Accounts dauerhaft zu löschen. Die IS-Netzwerke auf der Twitter-Plattform beispielsweise agieren wie ein Schwarm. Selbst wenn mehrere Accounts gelöscht werden, sind in der Regel ausreichend viele Unterstützer-Accounts weiterhin aktiv, die sofort neue Accounts bewerben. Sobald »offizielle« IS-Accounts entfernt werden, passt der IS seine Vermarktungsstrategie an und veröffentlicht neue Videos ausschließlich über hashtags (#) auf Twitter, die unabhängig von Accounts verwendet werden (Fisher/Prucha 2014; Prucha 2010). Hinzu kommt, dass arabischsprachige Accounts den westlichen Social-Media-Betreibern weniger vertraut sind und entsprechend seltener deaktiviert werden.

Die Medien-Abteilungen des IS und anderer militanter Bewegungen und jeder einzelne designierte »Medien Mujahid« transportieren und projizieren auf vielen Ebenen strategischen Einfluss und vermitteln weltweit ein Wahrheitsmonopol. Das bedeutet, dass sich jeder Muslim, der als außerhalb dieser engen »Wahrheit« definiert wird, auf dem »Pfad der Lüge« befindet, und demnach als Abtrünniger oder Ungläubiger exkommuniziert wird (Prucha 2010). Das Wahrheitsmonopol lässt zudem nur eine bestimmte Auslegung und Umsetzung der beiden Hauptquellen des Islams, des Korans und der Sunna, zu und beansprucht die absolute Autorität über islamische Gewohnheiten und Traditionen.

Dass es überhaupt dazu kommen konnte, dass der IS und seine »Wahrheit« weltweit gehört wird, liegt vor allem an der politischen Instabilität im Nahen Osten. Im Zuge des politischen Chaos veröffentlichte der IS über verschiedene Social-Media-Kanäle sowie Internet-Foren Bilder und Filme von Kampfeinsätzen, Hinrichtungen von Geiseln und Gefangenen

sowie von Maßnahmen zum Aufbau eines »Staats«. Darin legen die IS-Kämpfer ihre Waffen ab, um die Infrastruktur des »Kalifats« aufzubauen. Diese neuartige Form der Propaganda, die sich an ein globales Publikum richtet, hat gravierende Folgen: Vor allem junge Muslime unterschiedlicher Herkunft in europäischen und arabischen Gesellschaften fühlen sich dazu aufgerufen, dem Anführer des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, den Treueeid zu schwören und sich dem Kampf und dem Staatsaufbau anzuschließen.

Social Media: Ein effektives Werkzeug für die Propagandisten des Terrors

Der Zuzug ausländischer Kämpfer aus europäischen Staaten, Nordamerika, Australien und aus dem arabischen Raum ist nach wie vor ungebrochen: Etwa 4.000 westliche Staatsangehörige sollen sich in den vom IS kontrollierten Gebieten aufhalten (Neumann 2015). Oftmals treten diese sogenannten Foreign Fighters als Akteure vor der Kamera auf und tragen somit zur Verbreitung der Propaganda bei. Die hohe Frequenz an professionell hergestellten Propagandafilmen (auch auf Deutsch) stellt ein großes Gefährdungspotenzial dar: Zum einen werden dadurch auswanderungswillige Sympathisantinnen und Sympathisanten angeworben, zum anderen wird die IS-Propaganda von rechtsradikalen und rechtskonservativen Kreisen in westlichen Staaten benutzt, um gezielte Ressentiments gegen »den« Islam per se zu streuen. Zudem versucht der IS, Einzelattentäter im Westen zu erreichen (siehe auch S. 25 in diesem Heft) und die Anschläge, welche diese in ihren Heimatländern durchführen, als »Strafaktion« und Vergeltung für die westlich-geführten Luftangriffe gegen den IS im Nahen Osten darzustellen.

Die dschihadistische Subkultur (siehe Glossar, S. 35) im Internet ist von einer Art Mitmachkultur geprägt: Social Media-Nutzerinnen und -Nutzer können selbst kreierte Inhalte teilen und verbreiten. Dieser »User created content« baut nicht zuletzt auf die erfolgreiche Vermarktung der »zivilen Seite des IS« auf – mit diesem Genre wird der IS in Videoproduktionen immer wieder als funktionierender »Staat« hervorgehoben. Dort, wo der Schutz der (sunnitischen) Zivilbevölkerung nicht von einer Hilfsorganisation oder von der internationalen Koalition verantwortet wird, tritt der IS als Retter und

»Dort, wo der Schutz der Zivilbevölkerung nicht von einer Hilfsorganisation verantwortet wird, tritt der IS als Retter und Heilsbringer zugleich auf.«

Heilsbringer zugleich auf. Die Fotos und Videos stellen das »Leben im Kalifat« dar: den Aufbau von Infrastruktur wie Gas, Wasser oder Strom, die Beseitigung von Kriegsschäden, die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens oder Manifestationen der Religion innerhalb des öffentlichen Raums. Dabei werden beispielsweise öffentliche Gebete dargestellt – etwas, das in Syrien unter der Herrschaft Baschar al-Assads stets problematisch war, da sich das Regime einerseits oft als säkular präsentierte und es andererseits vor allem Islamisten waren, die traditionell die Hauptopposition stellten.

Die IS-Lesart der Scharia, der islamischen Regeln für das Leben der gläubigen Musliminnen und Muslime, lässt den »Staat« als Modell in Erscheinung treten, in dem klare Gesetze und Regeln gelten und wofür es sich zu kämpfen lohnt. Der IS stellt sich in seinen Videos und den dort präsentierten Aussagen der Lokalbevölkerung als »ein Staat dar, der Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Menschen« bringt. Diese Botschaft ist nach dem Versagen diverser politischer Ideologien und Strömungen in der arabischen Welt besonders attraktiv.

Die Verzahnung und vor allem die kurzen Intervalle, in denen der IS durch seine Führungsebene sowie durch die Kriegs- und Medien-Minister mit »offiziellen« Pressesendungen und Statements auf politische Entscheidungen westlicher und arabischer Staaten und des Iran reagiert, tragen zu dem Gesamtbild bei. Die professionelle und gut organisierte Handhabung von blutigen und »state-building« (Aufbau eines neuen Staats) Propagandafilmen für ein globales Publikum – verbunden mit dem Anspruch, die einzig wahre sunnitische Vertretung zu sein – wird den IS weiterhin als Faktor im Irak und in Syrien und vor allem als weltweite Gefahr erhalten.

Die Taktik des IS ist bisher aufgegangen. Nach der gezielten Veröffentlichung englischsprachiger Filme mit arabischen Untertiteln, die die Hinrichtung amerikanischer und britischer Journalistinnen und Journalisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen Mitte 2014 zeigten, hat der Westen schließlich Luftangriffe initiiert. Somit kämpft der IS in einer apokalyptischen Selbstwahrnehmung als »Vertreter Gottes« gegen verschiedene lokale und internationale Feinde einschließlich des schiitischen Iran. Die gezielte und taktische Nutzung der sozialen Medien wird vor-

aussichtlich weiter zunehmen und somit zur Legitimierung des IS und dessen Attraktivität für Sympathisanten in der ganzen Welt weiter beitragen.

Der IS hat in seiner Existenz innerhalb Syriens und als Fortsatz der Vorgängerorganisation im Irak in kurzer Zeit das erreicht, wofür das weltweit operierende Terrornetzwerk Al-Qaida vorgibt, seit Jahrzehnten zu kämpfen: durch den bewaffneten Kampf die Macht lokaler Regime zu brechen und dadurch den »befreiten« Sunniten einen »islamischen Staat« zu ermöglichen. Dieser wird seit der Aufgabe des »Kalifats« im Jahr 1924 von Islamisten und militanten Dschihadisten glorifiziert und idealisiert. **x**

DER AUTOR

Nico Prucha hat Arabistik studiert und ist Mitarbeiter im »International Center for the Study of Radicalisation« (ICSR) des Department of War Studies am King's College London. Er ist im Rahmen des »VOX Pol Projekts« Research Fellow am ICSR und erforscht primär die arabischsprachigen Videos und Schriften sunnitischer Extremistengruppen.

Kontakt: nico.prucha@univie.ac.at

LITERATUR

➤ FISHER, ALI / BARTLETT, JAMIE (2015): How to beat the media mujahideen, Demos Quarterly, February 2015. Im Internet verfügbar unter: <http://quarterly.demos.co.uk/article/issue-5/how-to-beat-the-media-mujahideen> (Zugriff: 13.05.2015)

➤ FISHER, ALI / PRUCHA, NICO (2014/1): Eye of the swarm: The rise of ISIS and the media mujahideen, USC Center on Public Diplomacy, July 8, 2014. Im Internet verfügbar unter: <http://uscpublicdiplomacy.org/blog/eye-swarm-rise-isis-and-media-mujahideen> (Zugriff: 13.05.2015)

➤ FISHER, ALI / PRUCHA, NICO (2014/2): ISIS is winning the online jihad against the West, The Daily Beast, October 1, 2014. Im Internet verfügbar unter: www.thedailybeast.com/articles/2014/10/01/isis-is-winning-the-online-jihad-against-the-west.html (Zugriff: 13.05.2015)

➤ NEUMANN, PETER (2015): Foreign fighters total in Syria/Iraq now 20,000, ICSR, King's College London. Im Internet verfügbar unter: <http://icsr.info/2015/01/foreign-fighter-total-syriairaq-now-exceeds-20000-surpasses-afghanistan-conflict-1980s> (Zugriff: 13.05.2015)

➤ PRUCHA, NICO (2010): Die Stimme des Dschihad »Sawt al-gihad«: al-Qa'idas erstes Online-Magazin. Hamburg



Westliche Frauen für das Kalifat

Eine aktuelle britische Studie beschreibt erstmals, warum sich junge Frauen aus westlichen Staaten der Terrororganisation »Islamischer Staat« anschließen und welche Gefahr sie darstellen.

Eine Zusammenfassung

Von Alexandra Bradford

Die derzeitige Migrationswelle aus westlichen Ländern in die vom »Islamischen Staat« (IS) kontrollierten Gebiete in Syrien und im Irak hat zuletzt auch wegen der Beteiligung von Frauen große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Die Anzahl westlicher Migranten in die IS-Gebiete wird auf 3.000 geschätzt, darunter sind bis zu 550 Frauen (Barrett 2014). Über die Männer, die unter anderem aus Nordamerika, Europa oder Australien übergesiedelt sind, liegen viel Kenntnisse vor. Durch ihre umfassende Nutzung der sozialen Medien gibt es Informationen über ihr Alltagsleben unter der Herrschaft des IS. Viel weniger ist jedoch über die Frauen bekannt.

Die vor Kurzem veröffentlichte Studie »Becoming Mulan? Female Western Migrants to ISIS« (auf Deutsch etwa: »Vorbild Mulan? IS-Migrantinnen aus dem Westen«) des Londoner »Institute for Strategic Dialogue« (Hoyle/Bradford/Frenett 2015)

ist die erste Untersuchung, die sich mit der Übersiedlung von westlichen Frauen in die IS-Gebiete befasst. Die Forscherinnen und Forscher stützten sich dabei auf Material aus den sozialen Medien. Die Grundlage sind Berichte von zwölf westlichen Frauen, die in das vom IS kontrollierte Territorium ausgewandert sind. Die Studie untersucht, aus welchen Gründen die Frauen emigrieren, wie ihr Leben unter der IS-Herrschaft aussieht und welche potenzielle Gefahr sie darstellen.

Um den Strom westlicher Frauen in die IS-Gebiete aufzuhalten, muss zunächst ihre Motivation verstanden werden. Im Mittelpunkt der britischen Studie stehen alleinreisende Frauen. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen stellten sie die Mehrheit der Stichprobe dar; zum anderen wurde dadurch das Risiko minimiert, Frauen auszuwählen, die von einem Reisegefährten unter Druck gesetzt wurden. Da sich die Studie auf die von den

Frauen selbst angegebenen Gründe für ihre Ausreise konzentriert, konnte sie drei grundlegende Motive für die Migration identifizieren: Missstände in ihren Heimatländern, die Einschätzung von Zukunftsperspektiven in ihrer Heimat und Risikobereitschaft. Sie spiegeln die drei Kategorien wider, die der Soziologe John Wilson in seiner Arbeit »Introduction to Social Movements« (1973) festgelegt hat. Er führt die Entstehung einer Ideologie auf die drei Faktoren Diagnose, Prognose und eigene Motivation zurück. Die Diagnose bezieht sich auf die Identifikation mit einem Problem in der Gesellschaft, die Prognose bezeichnet die Lösungsmöglichkeiten, die eine Person sieht, und die Motivation liefert den Anreiz, sich an der Bewegung zu beteiligen (siehe auch Snow/Byrd 2007).

Die Migrantinnen suchen nach Sinn, Identität und einer starken weiblichen Gemeinschaft

Die Migrantinnen schreiben in den von ihnen genutzten Social Media-Kanälen ausführlich über die vermeintliche weltweite Unterdrückung von Muslimen. Dafür führen sie Beispiele von Anschlägen auf die »Ummah« (die muslimische Gemeinschaft) auf und stellen Bilder ins Internet, die die Gewalt gegen Muslime zeigen. Konflikte werden als Krieg der Ungläubigen gegen den Islam dargestellt.

Diese Auffassung steht stellvertretend für die Weltanschauung vieler Migrantinnen, die die Menschheit in zwei Lager aufteilen: in Gläubige und Ungläubige, in gut und böse. Eine Migrantin, die sich »Bird of Jannah« nennt, betont beispielsweise in ihrem Profil: »[I]hre Agenda [die der Kuffar, das bedeutet Ungläubige, also Nicht-Muslime] ist es, das Erwachen der muslimischen Ummah [Gemeinschaft] zu zerstören und zu verhindern« (<http://diary-of-a-muhajirah.tumblr.com>). Die Twitter-Nutzerin Umm Khattab schreibt am 15. November 2014: »Zwei Lager in der [Welt], entweder auf der Seite des iman [Glaubens] oder der Seite des kufr [Unglaubens], nichts dazwischen« (https://twitter.com/UmmKhhattab__). Die Migrantin Umm Irhab gibt das gleiche Gefühl wieder: »[D]ies ist ein Krieg gegen den Islam, also seid ihr entweder mit uns oder gegen uns« (<https://twitter.com/MuslimahMujahid1>).

Die Frauen zeigen häufig großes Mitgefühl für die Kriegeropfer. Sie sehen den Westen als eine Macht, die gezielt Gewalt gegen Muslime ausübt. Diese Wahrnehmung, kombiniert mit der Aufteilung der Menschheit in zwei Lager, ist ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung der Frauen, den Westen zu verlassen und eine alternative Gesellschaft zu suchen. Umm Khattab erklärt ihre Denkweise in einem Tweet am 17. November 2014 folgendermaßen: »Wie kann man nur unter Menschen leben, die den Islam

beseitigen wollen... Wallahi [Ich schwöre bei Gott], diese kuffar [Ungläubigen] und munafiqeen [Heuchler] werden alles tun, um den Muslimen [Muslimen] Schaden zuzufügen«.

Die Migrantinnen lehnen nicht nur die Kultur und die Außenpolitik der westlichen Länder ab, sie begeistern sich auch für die Vision einer Gesellschaft, in der das Recht der Scharia herrscht. Als Scharia wird die Summe aller Regeln für das Leben der gläubigen Muslime bezeichnet. Eine konsequente Auslegung der Scharia bedeutet oft einen Konflikt mit westlichen Menschen- und Frauenrechten. Die Gebietsgewinne und die Bemühungen des »Islamischen Staats«, einen Staat aufzubauen, wirken anziehend auf Frauen, die das Gefühl haben, etwas zur Errichtung des Kalifats beitragen zu können. Die Migrantin Umm Ubaydah schreibt am 24. September 2014: »Wir wenden nicht deshalb Gewalt an, weil Amerika Unrecht begangen hat. Wir versuchen, einen islamischen Staat aufzubauen, der unter dem Gesetz Allahs lebt und dieses befolgt« (<http://al-khansa.tumblr.com>). Die Ausrufung eines Kalifats durch den IS hat zu der Übersiedlung von Frauen beigetragen, die die Vorstellung attraktiv finden, eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines Staats einzunehmen, den sie als ideologisch übereinstimmend mit ihrem Glauben ansehen. Die Errichtung des Kalifats wird als zwingend notwendige religiöse Pflicht (»fard al-ayn«) angesehen. Umm Ubaydah schreibt, dass der Aufbau eines islamischen Staats »ein Muss (fardh ayn) für alle Muslime ist« (<https://twitter.com/BintMBMA>).

Die Migrantinnen glauben an ein Leben nach dem Tod. Die Erfüllung der religiösen Pflicht durch das Übersiedeln ist entscheidend dafür, sich einen Platz im Jenseits zu sichern. Umm Khattab schreibt am 31. Oktober 2014, sie habe »kein Verlangen danach, in dieser Welt zu leben, da [ihre] Sehnsüchte dem Jenseits gelten«. Sie geht sogar so weit zu sagen, dass »[w]ir den Tod so lieben, wie ihr das Leben liebt« (3. November 2014).

Ganz entscheidend ist aber auch der Zusammenhalt der Migrantinnen. Sie erleben diesen als deutlich intensiver und authentischer als die oberflächlichen Beziehungen, die sie mit ihren Familien und Freundinnen sowie Freunden im Westen hatten (siehe zum Beispiel Umm Esa @umm_esa73, 13. November 2014, https://twitter.com/umm_esa73). Ein weiterer wichtiger Faktor für das Bedürfnis zur Ausreise ist zudem der Wunsch, einen Ehemann zu finden. Diese Suche nach Lebenssinn, Identitätsfindung und einer starken weiblichen Gemeinschaft sind die wichtigsten Antriebsfaktoren für die Reise der Frauen.

Die Lebensrealität für die Migrantinnen im Nahen Osten ist nicht einfach. Diejenigen von ihnen, die Syrien und den Irak erreichen, müssen sich an ein Leben unter der IS-Herrschaft gewöhnen. Die Migrantinnen nutzen soziale Medien, um über

»Wir lieben den Tod so,
wie ihr das Leben liebt.«

ihren Alltag und ihre Erfahrungen im IS-Kalifat zu sprechen. Diese lassen Rückschlüsse darauf zu, wie sich das Leben verheirateter und unverheirateter Frauen unterscheidet. Die Bewegungsfreiheit aller Migrantinnen ist stark eingeschränkt. Wenn Frauen aus dem Haus gehen wollen, müssen sie von ihrem Ehemann begleitet werden. Ist eine Frau unverheiratet, muss sie von einer vorher für diesen Zweck festgelegten Frau begleitet werden. Darüber hinaus dürfen unverheiratete Frauen nicht allein leben. Stattdessen sind sie in einem Frauen-Wohnheim untergebracht, das »maqqaar« genannt wird. Eine Migrantin schreibt: »In diesem maqqaar wirst du mit allem versorgt alhamdulillah [Gott sei gedankt], von Essen, Wasser, Heizung, bis hin zu Arztbesuchen und manchmal sogar Besuchen des Marktes in Begleitung« (Umm Layth, <http://fa-tubalilghuraba.tumblr.com>). Die Unterkunft ist kostenlos, und die Frauen werden monatlich mit Nahrungsmitteln und einem Taschengeld versorgt. Falls eine Frau verheiratet ist, bekommen sie und ihr Mann ein Haus geschenkt. Diese Zuwendungen und die Häuser stammen aus der Kriegsbeute des IS.

Leben unter der IS-Herrschaft:

»Eine rechtschaffene Ehefrau sein und rechtschaffene Kinder großziehen«

Das geregelte Leben der Frauen zeigt, dass ihre Rolle im »Islamischen Staat« vor allem darin besteht, häusliche Pflichten zu erfüllen. Das Alltagsleben der Frauen ist bestimmt von Hausarbeit und der Versorgung des Mannes sowie der Kinder. Die Migrantin Umm Ubaydah schreibt am 19. November 2014: »Das Beste für eine Frau ist es, eine rechtschaffene Ehefrau zu sein und rechtschaffene Kinder großzuziehen«.

Die Aussiedlerinnen wohnen in einem gefährlichen Kriegsgebiet. Sie erleben Bombenangriffe und den Tod geliebter Menschen. Die Reaktionen der Frauen auf die Bombenangriffe sind unterschiedlich. Umm Mu'awiyah twittert am 12. Oktober 2014: »Habe letzte Nacht meinen ersten Luftangriff erlebt, als die Ungläubigen Raqqa angriffen. Alhamdulillah [Gott sei gedankt], keine Verluste & mehr Geld, das von den Kuffar [Ungläubigen] verschwendet wurde« (<https://twitter.com/ummmuawiyahh>).

Andere Frauen äußern sich besorgt angesichts der Bombardierungen. Die Migrantin Muhajirah Amatullah spricht am 20. November 2014 über eine Migrantenfamilie, die von den Bomben getroffen wurde: »Gestern #Assad #SAA Luftangriff; Viele Zivilisten verwundet; Ich sah eine verwundete Muhajir [Immigrantenfamilie]; Das Krankenhaus war chaotisch!; Möge Allah ihn zerstören [Baschar al-Assad, den Präsidenten Syriens]« (<https://twitter.com/BintWater>). Die Sprache, die die Frauen verwenden, um ihre Gegner zu charakterisieren, kann leidenschaftlich und aggressiv sein. Eine Migrantin twittert: »Gestern war Blut nicht genug; Die Flugzeuge sind zurück!; Möge Allah die Unterdrücker verfluchen!« (Muhajirah Amatullah, 26. November 2014).

Die Studie »Becoming Mulan?« geht auf zwei Gefahren ein, die Migrantinnen derzeit für den Westen darstellen: Erstens nutzen sie die sozialen Medien dazu, um westliche Migrationswillige zu rekrutieren; und zweitens rufen sie mitunter zu Gewaltakten gegen Nichtmuslime auf – auch in westlichen Staaten.

Migrantinnen als Anwerberinnen

Die Migrantinnen ermutigen andere Frauen dazu, in die vom IS kontrollierten Gebiete auszuwandern und geben praktische Ratschläge: zum Beispiel, wie Ausreisewillige die Einwände ihrer Familien überwinden können, welche Dinge sie mitbringen sollten und welche Reiseroute am erfolgversprechendsten ist. Darüber hinaus stiften sie zu Anschlägen in ihren Heimatländern an. Die britische Studie beschreibt ein bemerkenswertes Beispiel einer »muhajirat« (Migrantin), die direkt zur Gewalt aufruft. Umm Layth schreibt am 3. Juni 2014, dass junge Muslime, die »es nicht bis zum Schlachtfeld schaffen, das Schlachtfeld zu sich holen sollen. Sei aufrichtig und sei ein Mujahid [jemand, der am Dschihad beteiligt ist], wo immer du auch sein magst«.

✕

Übersetzt aus dem Englischen von Sandra Eggers, DialogTicket.com

DIE AUTORIN

Alexandra Bradford hat einen M.A. in »Terrorismus, Sicherheit und Gesellschaft« am King's College in London absolviert.

Der Schwerpunkt ihrer Forschung liegt auf dem »homegrown« (»selbst herangezuchteten«) islamischen Extremismus und auf weiblicher Radikalisierung. Sie ist Mitautorin der Studie »Becoming Mulan? Female Western Migrants to ISIS« des Londoner »Institute for Strategic Dialogue«.

Kontakt: alexandra.bradford87@yahoo.co.uk

LITERATUR

➤ BARRETT, RICHARD (2014): Foreign fighters in Syria. The Soufan Group. New York

➤ BIRD OF JANNAH: <http://diary-of-a-muhajirah.tumblr.com>

➤ HOYLE, CAROLYN / BRADFORD, ALEXANDRA / FRENETT, ROSS (2015): Becoming Mulan? Female Western migrants to ISIS. London

➤ MUHAJIRAH AMATULLAH (@BintWater): <https://twitter.com/BintWater>

➤ SNOW, DAVID A. / BYRD, SCOTT C. (2007): Ideology, framing process, and islamic terrorist movements. In: Mobilisation, Heft 2

➤ UMM IRHAB (@MuslimahMujahi1): <https://twitter.com/MuslimahMujahi1>

➤ UMM KATTAHB (@UmmKhhattab): <https://twitter.com/UmmKhhattab>

➤ UMM LAYTH: <http://fa-tubalilghuraba.tumblr.com>

➤ UMM MU'AWIYAH (@ummmuawiyahh): <https://twitter.com/ummmuawiyahh>

➤ UMM UBAYDAH (@FlamesOfwar): <https://twitter.com/FlamesOfwar>

➤ WILSON, JOHN (1973): Introduction to social movements. New York



»Ich komme da nie wieder raus«

Aussteigerinnen und Aussteiger schaffen den Bruch mit dem sektenähnlichen rechten Milieu meist dann, wenn ihre Erwartungen zuvor enttäuscht wurden. Die Loslösung aus der Szene ist ein Prozess, der von Aussteigerprojekten begleitet werden kann. Deren Arbeit wurde wissenschaftlich bisher kaum untersucht.

Von Ellen Esen

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten bisher eher selten systematisch in den Blick genommen. Noch viel seltener wurde wissenschaftlich untersucht, was Programme für Ausstiegswillige eigentlich leisten können und wie sie arbeiten. Das bisher gesammelte Wissen über die Beweggründe, sich einerseits rechtsextremen Organisationen anzuschließen und sich andererseits wieder von ihnen abzuwenden, lässt dennoch bestimmte Muster erkennen. Diese Erkenntnisse bilden die Arbeitsgrundlage von vielfältigen Angeboten, die einen Ausstieg unterstützen können. Die wertvollen Erfahrungen über Ein- und Ausstiegsprozesse aus der praktischen Arbeit wurden bisher nicht oder nur unzureichend wissenschaftlich analysiert und ausgewertet. In diesem Artikel wird skizziert, aus welchen Gründen junge Menschen

in das rechte Milieu geraten, wie sie sich davon loslösen können und welche Rolle Aussteigerprojekte dabei spielen.

In Deutschland gibt es rund 21.700 Rechtsextreme (siehe Glossar, S. 36; Verfassungsschutzbericht des Bundes 2013), wovon schätzungsweise 20 Prozent Frauen sind. Wie viele Ausstiegswillige es tatsächlich gibt, bleibt unklar. Die Sozialforscher Kurt Möller und Stefan Wesche stellen dazu fest, dass Fallzahlen »nur in homöopathischen Dosen« und unvollständig veröffentlicht werden. Nach ihrer Berechnung haben neun von vierzehn staatlichen Programmen seit 2001 »mindestens 976 Angehörige der rechtsextremen Szene in ihren Distanzierungsprozessen« begleitet (Möller/Wesche 2014, S. 33).

Der Weg in die rechte Szene verläuft unterschiedlich. Marie zum Beispiel ist Studentin und bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, aktiv. Sie wurde

von einer ehemaligen Mitschülerin angesprochen und geriet gemeinsam mit einem Freund in die Szene. Sie berichtet, dass ihre Unzufriedenheit mit der etablierten Politik sehr groß war, sie nach Alternativen suchte und dabei das Gefühl hatte, etwas für die »Nation« tun zu wollen. Alle Bemühungen ihres Umfelds, sie dazu zu bringen, ihre politischen Aktivitäten einzustellen, waren erfolglos. Sie sagte damals: »Wenn ich der Ansicht wäre, dass das, was ich denke, falsch ist, dann würde ich sofort aussteigen«. Damit hat sie angesprochen, was mittlerweile als Konsens in der Ausstiegsarbeit gelten kann: Die Entscheidung, auszusteigen, muss von den Betroffenen selbst kommen. Impulse von außen wirken nur dann, wenn bereits Zweifel an der Ideologie und an der Szenezugehörigkeit vorhanden sind.

Marie betont und suggeriert, dass ein Ausstieg zu jeder Zeit und problemlos möglich sei. Die Realität sieht jedoch anders aus. Der Bruch mit der Szene bedeutet oft auch den Verlust des bisherigen sozialen Umfelds, Bedrohung durch ehemalige »Kameraden« und Selbstzweifel bis hin zu Suizidgedanken. Wer über längere Zeit in der extremen Rechten aktiv war, hat kaum mehr Freunde außerhalb dieser Szene und oft auch den Kontakt zur Familie abgebrochen. Rechtsextreme leben in einem sektenähnlichen, sich selbst verstärkenden Milieu. Es stellt sich deshalb die Frage, an wen sich Ausstiegswillige wenden können, wenn die Zweifel in ihnen wachsen und sie die Szene verlassen wollen. Sind Aussteigerprogramme personell und fachlich darauf ausgerichtet, Menschen zu betreuen, die latent selbstmordgefährdet sind? Dazu wäre es notwendig, psychologische Fachkräfte in Aussteigerprojekte einzubinden. Über die personelle Zusammensetzung solcher Projekte und deren fachliche Expertise ist jedoch wenig bekannt.

Ausstiegswillige misstrauen staatlichen Behörden

Patricia ist Anfang 20 und »Autonome Nationalistin« – sie gehört also zu denjenigen Rechtsextremen, die sich vom Stil her an den Linksautonomen orientieren und sich bei Demonstrationen oft als »schwarzer Block« präsentieren. »Mein Leben ist zu Ende, ich komme da nie wieder raus!«, beschreibt sie ihre Hilflosigkeit, als sie sich von ihren ehemaligen Kameradinnen und Kameraden trennen will. Sie hat zwar von Aussteigerprogrammen gehört, denkt aber, dass sie letztendlich darauf ausgelegt seien, Informationen abzuschöpfen – und nicht darauf, den Aussteigerinnen und Aussteigern konkret zu helfen. Sie würde sich niemals an den Verfassungsschutz wenden oder bei der Polizei anrufen, zu tief ist ihr Misstrauen staatlichen Behörden gegenüber. Zudem fragt sie sich, wer sie verstehen würde und mit wem sie über ihre Erlebnisse sprechen könnte. Wo findet sie kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die sich mit ihrer ehemaligen Lebenswelt auskennen? Betreiben Aussteigerprogramme eine ausreichende Öffentlichkeitsarbeit, sind sie niedrigschwellig genug und verfügen sie über szenekundiges Fachpersonal?

Um zu verstehen, warum jemand aus der rechten Szene aussteigt, ist es wichtig, einen Blick auf die Einstiegsmotive zu werfen, denn hier liegt vielfach der Schlüssel für den Ausstieg. Einstiege erfolgen häufig in der Jugendphase. Der Einstieg verläuft entweder über die Familie, die Peergroup und/oder auf

der Grundlage von »Systemkritik« sowie auf der »Suche nach Alternativen« (Borstel 2011, S. 298). Einstiegsmotive sind sehr individuell, wobei das Bedürfnis nach Zusammenhalt (»Kameradschaft«) klar vor eindeutigen politischen Positionierungen rangiert. Reinhard Koch von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig stellt dazu fest: »Es ist nicht die rechtsextreme, rassistische Ideologie, die unmittelbar zum Eintritt in eine Gemeinschaft führt, sondern die idealtypische Suche nach Anerkennung und einem attraktiven Spaßfaktor« (Koch 2009, S. 109). Letztendlich ist es eine Mischung aus ideologischen, wenn auch oft wenig ausdifferenzierten Motiven (»Ich hab' etwas gegen Ausländer«) und sozialen Faktoren, die zum Einstieg führen.

Ausstiege verlaufen individuell unterschiedlich

Der Weg von Patricia in den Rechtsextremismus kann als exemplarisches Beispiel gelten. Sie ist 13 Jahre alt, als sie von einer ehemaligen Mitschülerin in die rechte Szene eingeführt wird, sie geht zu Partys und hört rechtsextreme Musik. Spaß haben, etwas Konspiratives tun und einer Gruppe Gleichgesinnter anzugehören, »Kameradschaft« zu leben, das ist für sie wichtig. Später bezeichnet sie diese Zeit als ihre »subkulturelle Phase«. Parteiprogramme oder gar öde Sitzungen interessieren sie nicht. Das bleibt auch später so, aber Patricia arbeitet sich in die rechtsextreme Ideologie ein, liest Schriften aus dem »Dritten Reich«, will mitreden können. Sie lernt immer mehr führende Kader der rechten Szene kennen. Das nennt sie ihre »politische Phase«.

Ihre aufkommenden Zweifel an der rechtsextremen Weltanschauung kompensiert sie durch eine noch intensivere Beschäftigung mit Naziliteratur und dem Schriftgut der »Neuen Rechten« – einer Bewegung, die in den 1980er-Jahre in verschiedenen europäischen Ländern aufkam und die einen modernen Rechtsextremismus fordert. Für Patricia ist das Ende gekommen, als sie feststellt, dass sie als Frau immer in der zweiten Reihe steht und politisch nicht wahr- und ernstgenommen wird. Sie hatte geglaubt, sich bei den »Autonomen Nationalisten« gleichberechtigt und emanzipiert engagieren zu können. Nach ihrem Ausstieg sagt sie, es sei das moderne Auftreten von Nazis, das diese für sie so attraktiv und gleichzeitig so gefährlich gemacht habe.

Ausstiege verlaufen individuell unterschiedlich. Für die meisten Aussteigerinnen und Aussteiger gilt jedoch, dass sie ihre Zugehörigkeit in der extremen Rechten beenden, weil ihre anfänglichen Erwartungen (also ihre Einstiegsmotive) enttäuscht werden. Oft bleibt das Bedürfnis nach Kameradschaft und einer Clique Gleichgesinnter unerfüllt. Der Politikwissenschaftler Dierk Borstel benennt drei typische Ausstiegsmuster: alternative Lebensmodelle, die Sinnfrage sowie die Differenz zwischen Sein und Sollen (Borstel 2011, S. 306). Letzteres wird zum Beispiel deutlich durch die Haltung der Szene bei Drogen: Eine Aussteigerin beschreibt, dass sie offiziell verboten waren, aber dennoch in der Szene üblich gewesen seien. Mit den alternativen Lebensmodellen ist gemeint, dass sich Lebensumstände zum Beispiel dadurch ändern, dass neue Bekanntschaften und (Liebes-)Beziehungen jenseits der rechten Szene entstehen, die attraktiver erscheinen.

Eine spezielle Gruppe bilden Ausstiegswillige, denen eine Haftstrafe droht oder die bereits in Haft sind. Für sie stellt sich

die Sinnfrage in aller Schärfe: Sollen sie weitermachen wie bisher und eine erneute Inhaftierung in Kauf nehmen? Oder ist eine Rückkehr in ein »bürgerliches Leben« möglich? In Haft sind vorwiegend Männer, der Frauenanteil bei rechtsextremen Gewalttaten liegt unter 10 Prozent. An die Inhaftierten als leicht erreichbare Klientel wenden sich eine Reihe von Aussteigerprogrammen, die Hilfe und Unterstützung anbieten. Frauen fallen dabei aus dem Raster.

Professionelle und semi-professionelle Angebote zur Förderung des Ausstiegs (die oft von kleinen Initiativen und ehemaligen Szeneangehörigen gegründet wurden) gibt es in Deutschland seit dem Jahr 2000. Das erste, nicht-staatliche und bundesweit tätige Aussteigerprogramm für Rechtsextreme wurde auf Initiative des ehemaligen Neonazis Ingo Hasselbach und von Bernd Wagner am »Zentrum für Demokratische Kultur« in Berlin ins Leben gerufen: Exit-Deutschland. Heute existieren etwa zwei Dutzend Ausstiegsangebote, die bei staatlichen Institutionen angesiedelt sind (bei Landeskriminalämtern, Jugend- und Sozialbehörden sowie beim Verfassungsschutz) oder bei freien Trägern und Privatinitiativen. Die Programme haben unterschiedliche Schwerpunkte und Zielgruppen. Sie sind nicht ausschließlich mit dem engeren Kreis von Ausstiegswilligen beschäftigt, sondern betreuen und beraten zum Beispiel auch Eltern und Angehörige oder werden durch verschiedene Methoden präventiv tätig. Dazu gehören zum Beispiel Fortbildungs- und Beratungsangebote für Fachkräfte und die Öffentlichkeit.

Kritik an Aussteigerprogrammen: Sie seien teuer, intransparent und ineffektiv

Obwohl sich die Aussteigerprogramme mittlerweile fest etabliert haben, bleiben sie umstritten. Kritikerinnen und Kritiker werfen ihnen vor, ausschließlich täterfixiert zu arbeiten, Kriterien eines Ausstiegs nicht klar zu definieren, Zielgruppen nicht zu erreichen und letztendlich intransparent, ineffektiv und teuer zu sein. Allerdings liegt bisher wenig systematisches und verlässliches Wissen über die Arbeit vor. Ein Sammelband, den der Soziologe Peter Rieker im Jahr 2014 herausgegeben hat, gewährt erste wichtige Einblicke in das Vorgehen verschiedener Aussteigerprogramme. Dennoch muss auch Rieker einräumen, dass es kaum möglich ist, die Leistungen und Erfolge von Ausstiegshilfen abschließend zu bewerten. Wenn überhaupt Informationen über deren Arbeit an die Öffentlichkeit gelangen, dann in der Regel in der Form von Fallzahlen, die weder überprüfbar sind, noch klare Kriterien für einen erfolgreichen Ausstieg benennen. Wann kann von einem erfolgreichen Ausstieg gesprochen werden, wann sollte eher der Begriff »Rückzug« gewählt werden?

Als Beispiel für dieses Problem kann Axel Reitz angeführt werden. Er galt als einer der bekanntesten Neo-Nazis in Deutschland und trug den Beinamen »Hitler von Köln«, bis er der militanten Neonaziszene im Jahr 2013 den Rücken kehrte. Von seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen wird er als Aussteiger und Verräter bezeichnet. Allerdings sympathisiert er auch heute noch mit rechtspopulistischen Gruppen. Kann er als ein Aussteiger gelten, weil er nicht mehr als Agitator für ein »Drittes Reich« auftritt und der Gewalt abgeschworen hat?

Aus zahlreichen Studien zu rechtsextremen Einstellungen ist hinlänglich bekannt, dass Teile rechtsextremer Ideologie bis weit

in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Deswegen ist die Klärung, wie ein Ausstieg definiert wird und welche Ziele Aussteigerprogramme verfolgen, brisant. Sie berührt die Frage, wie die Gesellschaft mit menschenfeindlichen und rassistischen Positionen umgehen will und wo eine Grenze gezogen wird zwischen tolerierbaren und nicht mehr zu akzeptierenden Positionen.

Eine Kritik an Aussteigerprogrammen ist leicht formuliert. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass Ausstiegshilfen eine hohe Verantwortung tragen und Personenschutz und Persönlichkeitsrechte im Sinne ihrer Klientel wahren müssen. Effektiv und gut können solche Programme nur dann arbeiten, wenn personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die eine intensive, individuelle und langfristige Betreuung Ausstiegswilliger ermöglichen. Die gängige, zeitlich befristete Förderung von Projekten der Rechtsextremismusprävention ist grundsätzlich fatal, aber bei Ausstiegshilfen gänzlich indiskutabel. Denn ein Ausstieg geschieht nicht über Nacht, sondern er vollzieht sich als Prozess über Jahre hinweg. Dazu bedarf es einer vertrauensvollen und konstanten Beziehung zwischen Ausstiegswilligen und Beratenden.

Ausstiegsprojekte sind eine Facette bei der Prävention von Rechtsextremismus. Es ist derzeit zumindest in Ansätzen sichtbar, dass eine stärkere Transparenz und Professionalisierung dieser Maßnahmen angestrebt wird. Es müsste allerdings weiter untersucht werden, ob zivilgesellschaftliche und private Initiativen leistungsstärker sind als staatliche Programme. Eine Förderung und Mittelausstattung sollte sich entsprechend ausrichten. Zudem ist es wichtig, potentiellen Aussteigerinnen und Aussteigern zu vermitteln, dass es immer einen Weg aus der Szene gibt. Dazu ist es erforderlich, dass Programme eine gute Öffentlichkeitsarbeit betreiben und sie unbürokratisch, flächendeckend und schnell erreichbar sind. Dazu gehört auch, dass sich Ausstiegsprojekte den Kommunikationsgewohnheiten junger Menschen anpassen und ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken erhöhen. x

DIE AUTORIN

Ellen Esen hat Politik und Geschichte studiert und ist seit 1990 in der politischen Bildungsarbeit aktiv. Sie ist Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören die Analyse von Strategien und Organisationsformen der extremen Rechten sowie die ehrenamtliche Ausstiegsberatung.

Kontakt: Anfragen bitte über die Redaktion von DJI Impulse

LITERATUR

- BORSTEL, DIERK (2011): »Wir hatten auch Spaß und haben gelacht...« – Ein- und Ausstiegsprozesse von Männern und Frauen aus der rechtsextremen Szene. In: Birsl, Ursula (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen, S. 297–313
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (2013): Verfassungsschutzbericht
- KOCH, REINHARD / PFEIFFER, THOMAS (Hrsg.; 2009): Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Braunschweig
- MÖLLER, KURT / WESCHE, STEFAN (2014): Distanzierungen von rechtsextremen Haltungen. Zur Funktion staatlicher Aussteigerprogramme. In: Rieker, Peter (Hrsg.; 2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim/Basel, S. 20–44
- RIEKER, PETER (Hrsg.; 2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim/Basel

Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten

In der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen hat sich in Deutschland eine differenzierte Praxis etabliert. Über aktuelle Ansätze, ihre Potenziale und fachliche Grenzen

Von Michaela Glaser, Frank Greuel und Sally Hohnstein

Radikalisierung oder die Hinwendung zu radikalen Gruppen ist kein zwangsläufiger und auch kein unumkehrbarer Prozess. Insbesondere bei jungen Menschen besteht immer auch die Möglichkeit, dass »Radikalisierungskarrieren« abbrechen oder dass es wieder zu einer Abkehr von radikalen Haltungen und Gruppierungen kommt. Pädagogische Angebote der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit nutzen diesen Umstand, um entsprechende Prozesse anzustoßen, zu fördern und zu unterstützen.

Fundierte Erfahrungen mit diesen Ansätzen liegen in Deutschland bisher nur aus der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vor; die Arbeit mit (gewaltorientiert) islamistischen beziehungsweise entsprechend gefährdeten Jugendlichen steht demgegenüber noch am Anfang. Im linken politischen Spektrum gibt es aktuell keine Erscheinungsformen, die Ansatzpunkte für Angebote der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit bieten würden (siehe S. 11 in diesem Heft).

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung dieses Arbeitsfelds von den Anfängen bis heute nachgezeichnet; im Anschluss werden die Grundzüge der Arbeit

skizziert und – basierend auf einer aktuellen Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) – erfolgreiche Ansätze, aber auch fachliche Grenzen dieser Arbeit vorgestellt sowie aktuelle Herausforderungen aufgezeigt.

Die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen begann in den 1980er-Jahren. Damals wurden in

DIE ERSTEN AUSSTIEGSHILFEN WAREN MEHRHEITLICH BEI DEN SICHERHEITSBEHÖRDEN ANGESIEDELT.

der Auseinandersetzung mit gewalttätigen, rechtsextrem orientierten Jugendgruppen die Grundzüge des Ansatzes der »akzeptierenden Jugendarbeit« mit rechten Cliques entwickelt (Krafeld 1996). Ziel dieser Arbeit ist es, durch sozialpädagogische Hilfen sowie durch Angebote alternativer Freizeitgestaltung das (weitere) Abgleiten dieser Gruppen beziehungsweise ihrer

Mitglieder in rechtsextreme Strukturen zu verhindern. In den 1990er-Jahren verbreiteten sich vor allem in den neuen Bundesländern hierauf basierende Angebote innerhalb der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit (beispielsweise in Jugendclubs, Jugendzentren oder auch im Rahmen von Streetwork) – unter anderem aufgrund der Förderung durch ein Bundesaktionsprogramm. Anfang der 2000er-Jahre fand allerdings eine förderpolitische Neuausrichtung der Rechtsextremismus-Prävention statt: Fortan konzentrierten sich Fördermaßnahmen auf die Unterstützung und Stärkung demokratischer Gegenkräfte, so dass die Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den darauffolgenden Jahren wieder stark an Bedeutung verlor (Glaser/Greuel 2012).

Parallel zu der beschriebenen Entwicklung etablierte sich mit den sogenannten Ausstiegshilfen ein weiterer Bereich der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit. In diesen Angeboten, die zumeist als Einzelfallbetreuung konzipiert sind, werden ausstiegsbereite Szenemitglieder teilweise über mehrere Jahre hinweg bei der Abkehr von früheren Szenezusammenhängen sowie bei der Reintegration in neue gesellschaftliche

Bezüge unterstützt und begleitet (Glaser/Hohnstein/Greuel 2014). Hauptnutzergruppe auch dieser Angebote sind junge Menschen, die unterschiedliche Ideologierungsgrade und Motive der Szenezugehörigkeit aufweisen. Während die ersten Ausstiegshilfen mehrheitlich bei den Sicherheitsbehörden angesiedelt waren, übernahmen in den letzten Jahren

SEIT DEN NSU- ANSCHLÄGEN ERFAHREN EINSTIEGSGEFÄHRDETE JUGENDLICHE MEHR AUFMERKSAMKEIT.

auch Träger der Jugendhilfe diese Arbeit. Angebote der Ausstiegsarbeit gibt es heute, zusätzlich zu bundesweiten Programmen, in fast jedem Bundesland.

Spätestens seit der Aufdeckung des rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) im Jahr 2011 widmen Politik und Fachöffentlichkeit auch der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit. Pädagogische Angebote, die spezifisch auf diese Zielgruppe zugeschnitten sind, werden wieder verstärkt entwickelt und realisiert. Dabei spielen allerdings cliquenorientierte, in aufsuchenden und offenen Formaten realisierte Angebote inzwischen eine geringere Rolle, da es deutlich schwieriger geworden ist, rechtsextrem orientierte Jugendliche im öffentlichen Raum zu erreichen. Dies liegt unter anderem an dem veränderten Freizeitverhalten Jugendlicher, die ihre sozialen Aktivitäten zunehmend in private oder nur teilöffentliche (auch virtuelle) Räume verlagern. Als eine Reaktion auf diese Entwicklung sind in den letzten Jahren Angebote entstanden, die auf eine gezielte Ansprache Einzelner setzen. Dabei haben Fachkräfte aus dem Lebens-

umfeld der Jugendlichen (beispielsweise Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter) oft eine wichtige Brückenfunktion, um einen Zugang zu diesen Jugendlichen zu schaffen.

Diese verschiedenen Angebotsformate wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen, haben zum Teil differenzierte Arbeitsanforderungen (etwa den Zielgruppenzugang oder spezifische Schutzbedarfe betreffend) und werden in vielfältigen Settings (unter anderem in Jugendclubs, in der Straßensozialarbeit oder im Gefängnis) umgesetzt. Sie teilen sich aber bestimmte gemeinsame Grundprinzipien und Kernelemente. Dazu gehören eine Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppen, eine Betrachtungsweise, die alle Lebensbereiche und relevanten Sozialbezüge einbezieht, sowie der Anspruch, eine nicht nur formale Szedistanzierung, sondern auch eine inhaltliche Abkehr vom Rechtsextremismus zu erreichen.

Individuelle Stabilisierung und soziale Integration

Eine bedürfnis- und hilfeorientierte Arbeitsweise war bereits im Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit« des Erziehungswissenschaftlers Franz Josef Krafeld zentral. Als Paradigma formuliert war hier, die Jugendlichen als Personen wertzuschätzen, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen und ihnen bei Problemen Hilfestellung zu leisten – ohne aber ihre Haltung zu akzeptieren (Krafeld 1996). Auch in der aktuellen Praxis – sowohl mit Einstiegsgefährdeten als auch mit Ausstiegswilligen – spielen (sozial)pädagogische, auf die Bedürfnisse der einzelnen Jugendlichen abgestimmte Angebote eine zentrale Rolle. Hierzu zählen Hilfen zur Integration in Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt, aber auch in neue soziale Bezüge wie etwa Vereine oder andere Freundes- und Bekanntenkreise. Zum Angebotsspektrum gehören zudem Maßnahmen, die zum Beispiel auf die Bearbeitung von Gewalt- und

Suchtproblematiken oder von belastenden biografischen Erlebnissen zielen. Besonders in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen haben auch alternative, attraktive Freizeitaktivitäten einen großen Stellenwert.

Für die erfolgreiche Unterstützung von Distanzierungsprozessen erweisen sich diese (sozial)pädagogischen Angebote in verschiedener Hinsicht als bedeutsam: Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung entsteht und die Jugendlichen zur Mitwirkung bereit sind. Zudem reagieren die Angebote auf die akuten gesundheitlichen, psychischen und sozialen Probleme, die viele ihrer Nutzerinnen und Nutzer haben. Diese Probleme können so ausgeprägt sein, dass sie zuerst eingedämmt werden müssen, um mit den Jugendlichen überhaupt an ihrer Rechtsextremismus-Problematik arbeiten zu können. Nicht zuletzt stellt die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen, wie die Forschung zeigt, in vielen Fällen auch eine Strategie zur Kompensation von biografischen Belastungen und unerfüllten sozialen Bedürfnissen dar. Die pädagogische Auseinandersetzung mit diesen Hinwendungsmotiven kann deshalb auch dazu beitragen, die Anziehungskraft dieser Szenen und ihrer »Kompensationsangebote« zu verringern – und auf diese Weise eine Distanzierung zu stützen und zu stabilisieren (Glaser 2013).

Um den unterschiedlichen Bedarfen der Jugendlichen Rechnung zu tragen, sind die Angebote auf ein breites Kooperationsnetzwerk angewiesen. Zusammengefasst wird beispielsweise mit Einrichtungen der Jugend- und Sozialhilfe, verschiedenen therapeutischen Hilfen, unterschiedlichen Behörden sowie Vereinen und Verbänden. Darüber hinaus erachten es Fachkräfte heute als wichtig, auch Personen im privaten Umfeld der Jugendlichen in der Arbeit zu berücksichtigen und gegebenenfalls mit einzubeziehen. Eltern, Geschwister oder frühere Freunde können hierbei als unter-

stützende Ressource im Distanzierungsprozess fungieren. Sie können aber auch selbst »Teil des Problems« sein. Der Aufbau und die Pflege dieser Kooperationsbeziehungen können erhebliche Arbeitsressourcen binden, was vor allem zeitlich befristete oder personell gering ausgestattete Angebote vor Herausforderungen stellen kann.

Die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung unterstützen

Neben der individuellen Stabilisierung und sozialen Reintegration hat in konzeptionellen Weiterentwicklungen des »akzeptierenden Ansatzes« (Bleiß 2004; Osborg 2006) auch die Auseinandersetzung mit den ideologischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen einen hohen Stellenwert. Die Zielstellung, nicht nur zur sozialen Distanzierung von Szenebezügen, sondern auch zum Abbau rechtsextremer und rechtsaffiner Haltungen beizutragen, teilt die überwiegende Mehrheit der aktuellen Praxisangebote. Das Spektrum hierbei praktizierter Vorgehensweisen reicht vom spontanen Aufgreifen von Gesprächsanlässen (zum Beispiel rassistische Kom-

eher die Ausnahme. Auch stehen für diese inhaltlichen Aktivitäten nicht in allen Angeboten ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung. Vor allem dann, wenn bei Jugendlichen mehrere Probleme und Belastungen zusammenkommen, kann diese Arbeit deshalb schnell in den Hintergrund treten. Anders als bei den Hilfs- und Unterstützungsaktivitäten gehen bei dieser Aufgabe auch nur einige wenige Einrichtungen Kooperationen mit spezialisierten Partnern ein, etwa aus der historisch-politischen oder der interkulturellen Bildung. Deshalb ist zu konstatieren, dass die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung mit den Jugendlichen sowohl hinsichtlich dafür verfügbarer Ressourcen als auch fachlich-konzeptionell – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bisher in der Praxis eher schwach untersetzt ist.

Fachliche Herausforderungen und Grenzen

Ein Bedarf an fachlicher Weiterentwicklung beziehungsweise ergänzenden Konzepten besteht auch hinsichtlich des Zugangs zu bestimmten Zielgruppen. Gegenwärtig erreichen die Angebote vor allem »auffällige« Jugendliche, die straffällig werden oder in anderer Weise offen rechtsorientiert agieren. Das gilt für die Ausstiegshilfen, deren Zielgruppen überwiegend über das Strafverfolgungssystem vermittelt werden. Es gilt aber auch für die Arbeit mit Einstiegsgefährdeten, da dort ebenfalls vor allem die offensiv sichtbaren Formen von Rechtsextremismus in den Blick geraten (Ansprache männlich dominierter Jugendcliquen sowie Multiplikatoren, die »Auffälligkeiten« melden). Eine Folge davon ist, dass auch Mädchen und junge Frauen, die seltener straffällig werden und insgesamt unauffälliger agieren, im Verhältnis zu ihrem geschätzten Szeneanteil von 10 bis 20 Prozent (Möller 2010) in vielen Angeboten deutlich unterrepräsentiert sind. Um auch andere Zielgruppen als bisher zu erreichen, sollten deshalb die Zugänge jenseits des

Strafverfolgungsbereichs weiter ausgebaut werden, etwa im Bildungs- und Hilfesystem. Darüber hinaus bedarf es einer stärkeren Sensibilisierung für die häufig weniger aggressiv-gewalttätigen

DAS INTERNET BIETET NEUE CHANCEN UND ANSATZPUNKTE FÜR PÄDAGOGISCHE INTERVENTIONEN.

Ausdrucksformen rechtsextremer Orientierung bei weiblichen Zielgruppen.

Neue Herausforderungen für die pädagogische Arbeit entstehen aber auch dadurch, dass sich jugendliche Lebenswelten in virtuelle Räume ausdehnen und im World Wide Web rechtsextreme Inhalte und Kontaktangebote in hoher Zahl verfügbar und zudem sehr leicht zugänglich sind. Allerdings ergeben sich im Internet auch Chancen und Ansatzpunkte für pädagogische Interventionen, da dort rechtsextreme Orientierungen in anderer Weise sichtbar werden können. So sind zum Beispiel junge Mädchen und Frauen in den sozialen Netzwerken sehr aktiv und treten dort häufig auch in ideologischer Hinsicht offener in Erscheinung als im öffentlichen Raum. Insofern erscheint es lohnend, die Möglichkeiten online-basierter Zugänge und Arbeitsweisen zukünftig intensiver auszuloten und geeignete Formate (weiter) zu entwickeln und zu erproben.

Die Arbeit mit rechtsaffinen und rechtsextremen Jugendlichen kann – adäquate personelle und zeitliche Ressourcen vorausgesetzt – besonders bei der sozialen und verhaltensbezogenen Distanzierung von rechtsextremen Szenen in vielen Fällen Erfolge vorweisen. Darüber hinaus liefern Praxisberichte immer wieder Hinweise darauf, dass bei

MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN SIND IN VIELEN ANGEBOTEN UNTERREPRÄSENTIERT.

mentare der Jugendlichen) über gezielte Gesprächsofferten durch die Fachkräfte bis hin zu spezifischen Bildungsangeboten (beispielsweise Gedenkstättenbesuche oder interkulturelle Begegnungen), die besonders auf die Zielgruppe zugeschnitten sind.

Aktivitäten, die über unstrukturierte Gesprächsangebote hinausgehen, sind allerdings in der aktuellen Projektpraxis

betreuten Jugendlichen auch ideologische Distanzierungsprozesse einsetzen beziehungsweise verstärkt werden können. Solche Veränderungen sind nach Einschätzung der Fachkräfte allerdings erheblich schwerer anzustoßen und zu befördern als die Abkehr von rechtsextremen Zugehörigkeiten und Aktivitäten. Sie sind zudem meist auch begrenzter und fragiler als diese.

Diese Erkenntnisse verweisen einerseits auf die Notwendigkeit, die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung in den Angeboten ressourcenmäßig stärker zu verankern sowie fachlich zu stärken (beispielsweise durch kooperative Einbindung von Bildungsangeboten). Befunde aus der Einstellungs- und Vorurteilsforschung zeigen andererseits allerdings auch, dass Wertorientierungen und Deutungsmuster grundsätzlich nur schwer und begrenzt veränderbar sind. Deshalb ist hier auch eine realistische, die Angebote nicht überfrachtende Erwartungshaltung gegenüber den Möglichkeiten pädagogischer Arbeit wichtig.

Anregungen für die Islamismus-Prävention

Noch stärker auszuloten gilt es in Zukunft die Potenziale der pädagogischen Arbeit für die Auseinandersetzung mit islamistisch radikalisierten und gefährdeten Jugendlichen. Rechtsextreme und gewaltorientiert-islamistische Ideologien unterscheiden sich zwar in ihren Zielen und Entstehungskontexten, doch zeigen sich auch gewisse Parallelen in den individuellen (De)Radikalisierungskarrieren wie etwa der Stellenwert von Krisen- und Desintegrationserfahrungen oder auch die Bedeutung sozialer Kontexte. Diese lassen eine Übertragung beziehungsweise Adaption bestimmter Elemente aus der Arbeit mit rechtsaffinen und rechtsextremen Jugendlichen durchaus plausibel erscheinen. Da die Auseinandersetzung mit gewaltorien-

tiertem Islamismus in Deutschland erst am Anfang steht, könnten die aus der Distanzierungsarbeit zum Rechtsextremismus vorliegenden Praxiserfahrungen zudem eine bedeutsame Lernressource für diese Arbeit bilden. Da das Wissen zu den Ursachen islamistischer Radika-

lisierung in Deutschland bisher begrenzt ist (siehe S. 14 in diesem Heft), gilt es aber auch, vorschnelle und vereinfachende Gleichsetzungen zu vermeiden sowie sensibel für die spezifischen Anforderungen in diesem neuen Handlungsfeld zu bleiben. **x**

DIE AUTORINNEN, DER AUTOR

Michaela Glaser ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« und Projektleiterin der »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention« des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus- und Islamismusprävention, Radikalisierung im Jugendalter, politische Jugendkulturen sowie wissenschaftliche Begleitforschung.

Dr. Frank Greuel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Evaluation des Bundesprogramms »Demokratie stärken!« am DJI. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die wissenschaftliche Begleitforschung zur pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Sally Hohnstein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention« des DJI in Halle (Saale). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit, die Rolle neuer Medien im Kontext jugendlicher Radikalisierungsprozesse und wissenschaftliche Begleitforschung.

Kontakt: glaser@dji.de, greuel@dji.de, hohnstein@dji.de

LITERATUR

- BLEIB, KARIN U.A. (2004): Distanz(ierung) durch Integration. Das Bremer Konzept zur Bearbeitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen bei Jugendlichen durch aufsuchende Jugendarbeit. Bremen
- GLASER, MICHAELA (2013): Ansetzen an den Problemen, die die Jugendlichen haben ... Zur Rolle individueller Problembelastungen rechtsaffiner und rechtsorientierter Jugendlicher in der Distanzierungsarbeit. In: Becker, Reiner / Palloks, Kerstin (Hrsg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts., S. 252–266
- GLASER, MICHAELA / GREUEL, FRANK (2012): Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ein Überblick über Ansätze, Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen. In: Sozialmagazin. Heft 3, S. 12–20
- GLASER, MICHAELA / HOHNSTEIN, SALLY / GREUEL, FRANK (2014): Ausstiegshilfen in Deutschland. Ein vergleichender Überblick über Akteure und Vorgehensweisen. In: Rieker, Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus. Weinheim/Basel, S. 45–76
- KRAFELD, FRANZ JOSEF (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit: Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen
- MÖLLER, KURT (2010): Männlichkeitsforschung im Rahmen von Rechtsextremismusstudien. Ausgangspunkte, Ansätze, Ergebnisse und Perspektiven. In: Claus, Robert / Lehnert, Esther / Müller, Yves (Hrsg.): Was ein rechter Mann ist. Männlichkeiten im Rechtsextremismus (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 68). Berlin, S. 25–38
- OSBORG, ECKART (2006): Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Jens Weidner / Rainer Kilb (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden, S. 191–207

Dschihadismus

Der Dschihadismus ist eine Strömung innerhalb des Islamismus. Der Begriff leitet sich vom arabischen Wort »Dschihad« ab, das eine Anstrengung oder Bemühung ausdrückt. In den islamischen Theologien stehen zwei Bedeutungen im Vordergrund: einerseits das Bemühen um eine fromme, gerechte beziehungsweise gottgefällige Lebensführung (auch »größerer Dschihad«) und andererseits eine kriegerische Auseinandersetzung (sowohl Angriff als auch Verteidigung) mit Nichtmuslimen. Was unter diesem »kleineren Dschihad« genau zu verstehen ist, hängt stark vom jeweiligen historischen Kontext ab.

Der Dschihadismus stellt den Dschihad im militärischen Sinne (»kleinerer Dschihad«) – und damit auch Gewalt – ins Zentrum des Denkens und Handelns. Er ist »ein ethisch-moralisches Unternehmen« (Lohlker 2009), das die heutige Gesellschaft in ihrer »Ungläubigkeit« mit der vorislamischen Zeit (»dschahiliyya«) gleichsetzt. Diese für den Dschihadismus zentrale Gleichsetzung geht in wesentlichen Teilen auf die Ideen des ägyptischen Beamten und Journalisten Sayyid Qutb (1906-1966) zurück.

Der Begriff »Dschihadismus« ist nicht einheitlich definiert. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstehen darunter vor allem zwei Phänomene: erstens den revolutionären Dschihadismus, der vor allem nationale Bewegungen im Nahen Osten beschreibt, die die dortigen Staatsoberhäupter als »korrupte Despoten« (und in der Folge als »Ungläubige«) ansehen, gegen die es gewaltsam vorzugehen gilt. Zweitens den globalen Dschihadismus, der neben den Regimen der »islamischen Länder« auch »westliche Länder« angreift. Der globale Dschihadismus wird vor allem mit der Terrororganisation al-Qaida verbunden, da es deren Führung gelang, unterschiedliche lokale dschihadistische, salafistische und andere islamistische Strömungen miteinander zu verbinden und unter einer globalen Agenda zusammenzuführen.

In Deutschland entstanden dschihadistische Netzwerke und Gruppierungen in den 1990er-Jahren. Neben den in Hamburg ansässigen Attentätern des 11. September 2001 und terroristischen Unternehmungen wie der »Sauerlandgruppe« (einer im Jahr 2007 aufgedeckten deutschen terroristischen Zelle) sorgten deutsche Dschihadisten und Dschihadistinnen durch die Teilnahme an Kampfhandlungen in Tschetschenien, Afghanistan, Somalia oder zuletzt in Syrien und im Irak für Aufsehen.

(Politischer) Extremismus

Das Konzept des (politischen) Extremismus dient zur Kategorisierung politischer Phänomene, die sich grundsätzlich gegen ein bestehendes politisches System oder gegen ein bestimmtes Werte- und Ordnungssystem politischer Gemeinwesen richten. Der Begriff des Extremismus kann unter anderem danach unterschieden werden, ob er sich auf Einstellungen (kognitiver Extremismus) und/oder Handlungen (gewaltbereiter Extremismus), Ziele und/oder Mittel bezieht.

In der Regel werden mit dem Begriff »extremistisch« diejenigen Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft bezeichnet, die deren zentrale Normen und Werte grob missachten oder verletzen und dadurch das Funktionieren der Gemeinschaft erheblich beeinträchtigen. Historisch ist der Begriff eng mit den Erfahrungen von (gewalttätiger) Revolution sowie diktatorischer (Gewalt-)Herrschaft verbunden.

Extremismus ist keine absolute, sondern eine relationale Kategorie zur Klassifizierung politischer beziehungsweise sozialer Phänomene. Das bedeutet: Was in einer Gemeinschaft als »extremistisch« gilt, wird durch den sozialen und historischen Kontext mitbestimmt und unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel. Politisch wird der Ex-

tremismusbegriff nicht nur in Deutschland in Zusammenhang mit der Abwehr und Prävention antidemokratischer beziehungsweise verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet und in diesem Zusammenhang auch kritisiert. Dabei geht es letztlich um die Frage, was innerhalb der Gesellschaft als legitimes und akzeptables politisches Denken und Handeln betrachtet werden kann und soll.

In Wissenschaft, Politik und Medien wird der Extremismus-Begriff momentan vor allem in Bezug auf Strömungen verwendet, die sich gegen die moderne Demokratie westlicher Prägung richten. Diese Strömungen gelten als »extremistisch«, weil sie sich gegen Grundrechte aussprechen, wie die Meinungsfreiheit, oder wichtige demokratische Prinzipien ablehnen, wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung oder Rechtsstaatlichkeit. Das Spektrum »extremistischen« Denkens reicht dabei von der »bloßen« Ablehnung von Menschenrechten über die Verfechtung autoritärer oder diktatorischer Herrschaftsformen bis hin zur Abschaffung jeder staatlichen Ordnung.

Seit einiger Zeit versuchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, »Extremismus« nicht allein als Ablehnung bestehender Normen und Werte zu definieren, sondern auf der Basis seiner Eigenschaften. Extremistisches Denken zeichnet sich demnach durch verschiedene Merkmale aus: durch eine als überlegen betrachtete Weltanschauung, die für sich die alleinige Wahrheit und Gültigkeit beansprucht, durch die Idee der Unterordnung des Individuums unter ein höheres Gemeinschaftsinteresse sowie durch die Einteilung anderer in entweder Freunde oder in Feinde.

Islamismus

Islamismus wird im allgemeinen Sprachgebrauch als Sammelbegriff für unterschiedliche politische Ideologien verwendet, die sich durch eine radikale Islamauslegung auszeichnen. Der Begriff steht häufig als Synonym für andere, teils speziellere Begriffe wie islamischer Fundamentalismus, islamischer Extremismus, Dschihadismus oder Salafismus. Er bezeichnet Bewegungen in unterschiedlichen Ländern wie die ägyptische Muslimbruderschaft, die türkische AKP und Milli Görüş, aber auch schiitische Bewegungen wie die paramilitärische Organisation Hisbollah im Libanon oder das iranische Regime. Im engeren Sinne hat der Islamismus die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung zum Ziel (Pfahl-Traugher 2011).

Entstanden ist der Islamismus um 1930. In Ägypten gründete Hassan al-Banna 1928 die revolutionäre Muslimbruderschaft. Unabhängig davon entwickelte Sayyid Abul Ala Maududi in Nordindien in den 1930er-Jahren eine politische Theorie, die die göttliche Ordnung und Gesetzgebung als die einzig legitime bezeichnete und alle vom Menschen entworfenen Gesellschaftsordnungen als Heidentum betrachtete. Maududis Ideen wirkten Ende der 1940er-Jahre auf den Ägypter und späteren Muslimbruder Sayyid Qutb, der Gewalt zum Umsturz menschengemachter Ordnungen legitimierte. In verschiedenen islamischen Ländern entstanden jeweils eigene Formen des Islamismus, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch nach Europa gelangten (Riexinger 2007).

Als Kern des Islamismus sehen viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Absolutsetzung der Religion. Im Islamismus sollen Islam und die religiösen Quellen als einzige Grundlage für die Ausrichtung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens dienen. Die islamistische Auslegung bestimmt dabei jegliches Denken und Handeln und damit individuelles Verhalten ebenso wie die öffentliche Ordnung, die Wirtschaft, das Recht, die Politik und die Kultur (Krämer 2002). Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht in der Tatsache, dass der Islamismus die islamischen Schriftquellen als einzig legitime

und absolut geltende Grundlagen gesellschaftlicher Normen und Gesetze ansieht, einen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den damit verbundenen Grundsätzen wie Volkssouveränität, Pluralismus und Mehrheitsprinzip. Islamistische Ideologie ist zudem darauf ausgerichtet, die gesamte Gesellschaft zu durchdringen und zu steuern und eine homogene Sozialordnung im Namen des Islams zu errichten (Pfahl-Traughber 2011).

Die Wahl der Mittel, um diese Ziele zu erreichen, variiert zwischen den einzelnen Bewegungen stark. Gewaltanwendung ist kein notwendiges Merkmal des Islamismus, und manche Islamistinnen und Islamisten distanzieren sich explizit davon. Zwar verüben einige islamistische Bewegungen Gewalttaten, um die in ihren Augen nicht islamisch legitimierten Gesellschaftsordnungen zu stürzen. Andere Gruppierungen wählen jedoch den institutionellen Weg, beispielsweise als Partei, oder sie streben eine langfristige Islamisierung der Gesellschaft an, indem sie missionarisch oder karitativ tätig werden.

(Linke) Militanz

Im Gegensatz zum Begriff »Linksextremismus« fokussiert die Bezeichnung »linke Militanz« nicht auf geschlossene Weltbilder oder Organisationen, die der Demokratie feindlich gegenüberstehen. Der Begriff stammt aus der sozialwissenschaftlichen Forschung über soziale Bewegungen und folgt anderen analytischen Akzentuierungen als die politikwissenschaftliche Extremismustheorie. Letztere identifiziert Gegner des demokratischen Gemeinwesens. Der Fokus der Bewegungsforschung liegt dagegen stärker auf Gruppenidentitäten und den Wechselwirkungen zwischen Protestgruppen und staatlichen Institutionen oder politischen Gegnern.

Der Ausdruck »linke Militanz« ermöglicht es, Phänomene wie Gewalt (gegen Sachen oder Personen) stärker im Kontext gesellschaftlichen Protestgeschehens, der Jugendphase sowie als Teil von Protestbewegungen zu verorten. Die Militanz wird innerhalb der linken Szene bei Debatten über das eigene Selbstverständnis und die Konfrontationsbereitschaft bei politischen Auseinandersetzungen kontrovers diskutiert (Haunss 2004). Militanz steht analytisch innerhalb der Bewegungsforschung für ein Selbstverständnis politischer Gruppen und die Bereitschaft Einzelner, trotz des Risikos persönlicher Konsequenzen für eine Gesinnung einzutreten und durch (auch gewalttätiges) Handeln die eigene radikale, abweichende, systemoppositionelle Position glaubhaft für sich und andere zum Ausdruck zu bringen.

Gerade der autonome Antifaschismus zeichnet sich dadurch aus, dass Gewalt ein (umstrittenes) Handeln mit einem starken Identitätsbezug ist. Es ist ein symbolisch sichtbarer und individuell erlebbarer Ausdruck einer »Politik der ersten Person« (ebd., S. 115), die nicht darauf vertraut, dass politische Anliegen über demokratische Verfahren und Institutionen durchsetzbar sind. Auch in anderen Protestbewegungen gab und gibt es aber immer wieder Debatten um die Rolle von Gewalt und den Umgang mit politischen Gegnern und der Staatsgewalt, in deren Folge sich neben gewaltfrei-aktionistischen auch gewaltbefürwortende und militante Strömungen ausbilden können. Solche szeneeinternen Militanzdebatten existieren in den unterschiedlichen Themenfeldern (wie Anti-Faschismus, Anti-Kapitalismus und Anti-Imperialismus), aber aktuell auch bei der Gentrifizierungskritik oder in politisch polarisierten Fußballfanszenen. Die Ursachen von Militanz können dabei verschieden sein: Sie ist zum Beispiel ein Ausdruck von radikaler Systemopposition und Demokratiefeindschaft oder eine Folge eskalierender Konflikte zwischen politischen Gruppen. Sie kann aber auch durch ein eskalierendes Protestgeschehen auf Demonstrationen entstehen oder dadurch, dass sie als attraktive Form von Protest gesehen wird.

Radikalisierung

Der Begriff »Radikalisierung« wird in der Forschung zu politischer Gewalt erstmals in den 1970er-Jahren verwendet. In den Arbeiten dieser Zeit bezieht er sich vor allem auf Eskalationsdynamiken zwischen sozialen Bewegungen und dem Staat sowie auf deren Stellenwert für die Herausbildung gewaltorientierter, klandestiner Gruppen (della Porta 1995). Aktuell präsent in der Fachdiskussion ist der Begriff jedoch vor allem durch die nach dem Jahr 2001 einsetzenden sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Diskussionen zum islamistisch motivierten Terrorismus. Entsprechend stammen auch die aktuell dominierenden Erklärungsmodelle zu Radikalisierung überwiegend aus diesem Forschungsfeld beziehungsweise stützen sich auf Befunde aus diesem Feld.

Ganz allgemein gefasst bezeichnet Radikalisierung eine Entwicklung, die zwei Dimensionen beinhalten kann: erstens einen Prozess der ideologischen Polarisierung, in dessen Verlauf Personen oder Gruppen Überzeugungen entwickeln, die in starkem Widerspruch zur bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung stehen; zweitens eine wachsende Bereitschaft, zur Durchsetzung dieser Überzeugungen Gewalt anzuwenden beziehungsweise legitim zu finden. Die in der wissenschaftlichen Literatur gegebenen Definitionen betonen und verknüpfen die beiden Dimensionen allerdings in sehr unterschiedlicher Weise.

So wird der Endpunkt von Radikalisierung meist als »politischer Extremismus« bestimmt. Für einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kann Radikalisierung aber auch die Entwicklung radikaler Positionen – im Sinne eines Strebens nach grundlegender gesellschaftlicher Veränderung – umfassen, die inhaltlich nicht extremistisch sind. Diese Positionen könnten mit Gewalt(befürwortung) einhergehen, blieben jedoch – anders als extremistische, »geschlossene« Denk- und Wahrnehmungsweisen – mit einer reflexionsfähigen Geisteshaltung verbunden (Schmid 2013).

Strittig beziehungsweise wissenschaftlich ungeklärt ist zudem, in welchem Verhältnis gewaltorientierte und gewaltdistanzierte Varianten des Extremismus zueinander stehen. Einige Autorinnen und Autoren sprechen dem sogenannten kognitiven Extremismus eine eindeutig befördernde Rolle für die Herausbildung gewalttätiger Varianten zu. Dieser Einordnung liegt ein lineares Radikalisierungsmodell zugrunde (das »Fließbandmodell«; Neumann 2013), demzufolge extremistische Gewalt immer ideologisch motiviert ist und eine unmittelbare Konsequenz wachsender ideologischer Radikalisierung darstellt. Andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verweisen dagegen auf Forschungsbefunde, denen zufolge ideologische Motive für den Einstieg in extremistische Gruppen häufig nachrangig sind beziehungsweise einige Angehörige dieser Gruppen auch ohne ideologische Fundierung Gewalttaten begehen. Vor diesem Hintergrund plädieren sie für ein vielschichtigeres Verständnis möglicher Radikalisierungsverläufe (Roy 2008). Diese Frage hat vor allem in der Diskussion zum islamistischen Extremismus eine hohe Relevanz und Brisanz, da sie die grundsätzliche Frage nach dem Stellenwert des Islams beziehungsweise bestimmter Islamvarianten als Ideologiequelle für den islamistischen Terrorismus berührt. Sie gilt deshalb als eine der aktuell drängendsten Forschungsfragen.

Rechtsextremismus

Als rechtsextrem(-istisch) werden Einstellungen, Handlungen und Strukturen bezeichnet, die folgende Grundelemente teilen: Sie gehen davon aus, dass Menschen nicht alle gleich viel wert und gleichberechtigt sind, sondern dass gewisse Gruppen von Natur aus über

anderen stehen oder sich die Stärkeren gegenüber den Schwächeren durchsetzen sollten (sozialdarwinistisches Menschenbild); sie zeichnen sich zudem durch ein Gesellschaftsbild aus, das auf das Kollektiv und auf ethnische oder kulturelle Homogenität fixiert ist. Im politischen Bereich drückt sich Rechtsextremismus dadurch aus, dass dessen Anhängerinnen und Anhänger autoritäre Regierungsformen befürworten, die gesellschaftliche Interessens- und Wertepluralität ablehnen sowie ein überzogenes (extremes) Nationalbewusstsein zeigen. Dieses speist sich aus Überlegenheitsfantasien und/oder Paranoia gegenüber anderen Völkern oder Nationen. Rechtsextreme betrachten die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Austragung sozialer Konflikte sowie zur Durchsetzung politischer Ziele.

Es gibt keine einheitliche sozialwissenschaftliche Definition von Rechtsextremismus. Ein Grund dafür ist, dass Rechtsextremismus vielgestaltig ist und sehr viele Facetten hat. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen Rechtsextremismus als Ideologie, Syndrom oder Bewegung. Die Wissenschaft hat bisher keine dominante Ursache von rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen identifiziert. Konsens besteht darüber, dass für die Entstehung von Rechtsextremismus eine Kombination verschiedener Faktoren verantwortlich ist. Ansätze zur Erklärung von Rechtsextremismus werden dabei sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene gesehen.

Der Ausdruck »jugendlicher Rechtsextremismus« bezeichnet vor allem szeneförmige, aktionistische (häufig gewaltaffine) Ausprägungen, die Elemente einer eigenen Jugendkultur aufweisen, wie besondere Symbole und Ausdrucksformen (zum Beispiel Kleidung und Musik). Weitere Bezeichnungen für rechtsextrem(istisch)e Phänomene sind Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Neonazismus oder Neofaschismus.

Salafismus

Salafismus beschreibt eine Strömung innerhalb des Islamismus. Der Begriff leitet sich von den »frommen Altvorderen« (as-salaf as-salih) ab, womit die erste(n) Generation(en) der Anhänger des Propheten Mohammed gemeint sind, die die Lehren des Islams in seiner reinsten Form gekannt und gelebt haben sollen. Der islamischen Tradition nach kommt ihnen daher ein besonderer Vorbildcharakter zu. Salafisten verstehen das Vorbild der »frommen Altvorderen« als Handlungsanweisung, die es möglichst unmittelbar in die Gegenwart zu übertragen gilt. Der Salafismus ist in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem in Saudi-Arabien als Opposition gegen die starke Westorientierung des Landes entstanden (Steinberg 2014). Verwechslungsgefahr besteht mit einer Bewegung islamischer Intellektueller des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die man auch als Salafismus bezeichnet. Den zeitgenössischen Salafismus verbindet mit dieser jedoch nur wenig, weshalb er zur besseren Abgrenzung auch zum Beispiel als »Neo-Salafismus« (Ceylan/Kiefer 2013) bezeichnet wird.

Salafistinnen und Salafisten gehen tendenziell von einem hohen Maß an Eindeutigkeit und Einheitlichkeit des Islams aus, so dass sie sich in ihrem eigenen Selbstverständnis in der Regel eher nicht als Angehörige einer bestimmten Strömung oder Schule, sondern universell als »Muslime« sehen. Analytisch betrachtet bildet der Salafismus keine homogene oder klar abgrenzbare Gruppierung: Die Übergänge und Anleihen zu anderen islamischen (Reform-)Bewegungen sind fließend und es finden sich heterogene religiöse Vorstellungen und Praxen sowie dynamische Veränderungen. In der Wissenschaft hat es verschiedene Ansätze zur analytischen Strukturierung dieser Heterogenität gegeben. Besonders einflussreich war die vom Terro-

rismusexperten Quintan Wiktorowicz (2006) getroffene Einteilung des Salafismus in eine dezidiert unpolitische »puristische« Strömung, eine aktivistische »politische« und eine gewaltbefürwortende »dschihadistische«. Verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisierten, dass diese Einteilung von falschen Annahmen wie einer kohärenten salafistischen Glaubenslehre ausgehe, lediglich Gefahrenstufen beschreibe, innere Dynamiken übersehe und nicht auf den europäischen Kontext übertragbar sei.

In Deutschland etablierten sich erste salafistische Netzwerke in den 1990er-Jahren. Ab 2001 begannen einzelne Prediger mit einer starken Missionstätigkeit insbesondere über das Internet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnet den Salafismus als »die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung« in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene (BMI 2014). Es ging Anfang 2015 bundesweit von etwa 7.000 Anhängerinnen und Anhängern des Salafismus aus, von denen es einige hundert als »gewaltbereit« einschätzt. Der Verfassungsschutz beobachtet »salafistische Bestrebungen« in Deutschland, weil er davon ausgeht, dass Salafistinnen und Salafisten Staat, Gesellschaft und individuelle Lebensgestaltung vollständig nach als »gottgewollt« postulierten Normen ausrichten wollen (ebd.). Problematisiert wird außerdem, dass salafistisches Gedankengut radikalisierungsfördernd sein könne und es Überschneidungen mit dem Dschihadismus gebe, weshalb aus dem Salafismus einzelne terroristische Gruppen hervorgegangen seien. ✕

Von Michaela Glaser, Maruta Herding, Frank König, Joachim Langner und Alexander Leistner

LITERATUR

- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (BMI; 2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Im Internet verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf (Zugriff: 29.04.2015)
- CEYLAN, RAUF / KIEFER, MICHAEL (2013): Salafismus: fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention. Wiesbaden
- DELLA PORTA, DONATELLA (1995): Social movements, political violence and the state. Cambridge
- HAUNSS, SEBASTIAN (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden
- KRÄMER, GUDRUN (2002): Islam und Islamismus. Auf der Suche nach Einheit, Stärke und Gerechtigkeit. In: Weltreligion Islam, Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, S. 12–15
- LOHLKER, RÜDIGER (2009): Dschihadismus: Materialien. Wien
- NEUMANN, PETER (2013): Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 29–31, S. 3–10
- PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN (2011): Islamismus – Was ist das überhaupt? Im Internet verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt?p=0 (Zugriff: 12.05.2015)
- RIEXINGER, MARTIN (2007): Islamismus und Fundamentalismus. Im Internet verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36341/begriffsbestimmung (Zugriff: 12.05.2015)
- ROY, OLIVIER (2008): Al Qaeda in the West as a youth movement: The power of narratives
- SCHMID, ALEX P. (2013): Radicalisation, de-radicalisation, counter-radicalisation: A conceptual discussion and literature review. ICCT Research Paper. The Hague. Im Internet verfügbar unter: www.icct.nl/download/file/ICCT-Schmid-Radicalisation-De-Radicalisation-Counter-Radicalisation-March-2013.pdf (Zugriff: 29.4.2015)
- STEINBERG, GUIDO (2014): Saudi-Arabien. Der Salafismus in seinem Mutterland. In: Said, Behnam T. / Fouad, Hazim (Hrsg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Freiburg im Breisgau, S. 265–296
- WIKTOROWICZ, QUINTAN (2006): Anatomy of the Salafi Movement. In: Studies in Conflict & Terrorism, Heft 3, S. 207–239

Thementag »Kommunales Bildungsmanagement«

Die »Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement«, ein Verbundprojekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Europäischen Metropolregion Nürnberg, veranstaltet am 26. Juni 2015 einen Thementag mit Werkstattgesprächen zum kommunalen Bildungsmanagement. Der Thementag findet von 11:00 bis 15:30 Uhr im Evangelischen Forum »Annahof« in Augsburg statt (Annahof 4, 86150 Augsburg). Die Transferagentur Bayern unterstützt Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht daher die Frage, wie Landkreise und kreisfreie Städte ihre Bildungslandschaften vor Ort verbessern können. Die Sicherung von Fachkräften, ein chancengerechter Zugang zu Bildungsangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger oder die bedarfsorientierte Planung von Angeboten im Kontext von Flüchtlingen, Fachkräftesicherung und demografischem Wandel – das sind nur einige der zahlreichen Herausforderungen, vor denen Landkreise und Städte im Bildungs-

bereich derzeit stehen. Expertinnen und Experten werden Anregungen geben, unter welchen Bedingungen lokale Bildungsakteure optimal zusammenarbeiten können und welche erfolgversprechenden Praxismodelle es dafür bereits an anderen Orten gibt. In drei Werkstattgesprächen können sich die teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen über die ersten Schritte beim Aufbau eines Bildungsmanagements, die Vorteile von datenbasierten Prozessen (Bildungsmonitoring) und die Festigung von bereits bestehenden Strukturen austauschen.

Die Anmeldung zum Thementag »Kommunales Bildungsmanagement« ist ab sofort möglich unter

 www.transferagentur-bayern.de

Die Teilnahme ist kostenlos.

LEHRAUFTRÄGE IM SOMMERSEMESTER 2015

Felix Berth

➤ **Recherchieren – Techniken und Strategien**
Deutsche Journalistenschule, München

Julia Bode

➤ **Einführung in den Spracherwerb**
Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Melanie Böwing-Schmalenbrock

➤ **Empirische Sozialforschung**
Hochschule München

Dr. Michaela Hopf, Dr. Johanna Possinger

➤ **Qualitative Methoden**
Pädagogische Hochschule Weingarten

Christoph Liel

➤ **Gewalttätige Männer – Prävention und Intervention**
Hochschule Landshut

Franciska Mahl, Tabea Schlimbach, Eva Zimmermann

➤ **Entscheiden müssen oder entscheiden können – qualitative Perspektiven auf den Übergang Schule-Beruf**
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Melanie Mengel

➤ **Gesundheit und Krankheit – Perspektive der Pädagogik**
Technische Hochschule Nürnberg

Dr. habil. Ulrich Poetter

➤ **Ereignisanalyse**
Ruhr-Universität Bochum

Dr. Gabriel Schoyerer

➤ **Angebotssteuerung von Kindertagesbetreuung im Lichte sozialer Diversität**
Katholische Stiftungsfachhochschule München

Dr. Nina Weimann-Sandig

➤ **Bildung und Lebenslauf**
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
➤ **Personalentwicklungsstrategien für Quereinsteigende in Kitas**
Alice Salomon Hochschule Berlin

Julia Zimmermann

➤ **Vertiefung quantitativer Methoden der empirischen Sozialforschung**
Technische Universität Dortmund



➤ **Dr. Felicitas von Aretin**

hat zum 1. April 2015 die Leitung der Abteilung »Wissenschaftliches Referat beim Vorstand« am Deutschen Jugendinstitut (DJI) übernommen. Sie hat am Europäischen Hochschulinstitut Florenz über »Die Schulpolitik der deutschen Regierung 1870–1914 im Reichsland Elsass-Lothringen« promoviert. Anschließend war sie nach einer längeren Hospitanz bei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und einem Volontariat beim »Tagesspiegel« als bildungspolitische Redakteurin für die »Welt« tätig. Danach leitete sie über acht Jahre lang die Pressestelle der Freien Universität Berlin. Zuletzt war Felicitas von Aretin bis März 2015 sieben Jahre lang in verschiedenen Funktionen in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft in München tätig, unter anderem als wissenschaftspolitische Redakteurin, Leiterin der Unternehmenskommunikation und Pressesprecherin. Zuletzt leitete sie das neu aufgebaute Referat, das für internationales Marketing, Veranstaltungen und multimediale Ausstellungskonzepte zuständig war und innovative Kommunikationskonzepte erprobte. Außerdem ist Felicitas von Aretin als Buchautorin und Journalistin tätig.

➤ **PD Dr. Waltraud Cornelißen**

verlässt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im August 2015 nach 16 Jahren und geht in den Ruhestand. Sie hat maßgeblich zur Profilierung des DJI im Bereich der Frauen-, Geschlechter- und Familienforschung beigetragen. Die Grundschullehrerin sowie promovierte und habilitierte Soziologin kam 1999 als Leiterin der Abteilung »Geschlechterforschung und Frauenpolitik« an das DJI nach München. Im Anschluss an ihre Arbeiten zur Medienforschung wandte sie sich verstärkt den Lebenslagen und Lebensentwürfen junger Frauen und Männer zu. Sie untersuchte unter anderem, womit Jungen und Mädchen ihre Zeit verbringen, wie sie ihren Beruf finden und wie sich Studium und Elternschaft vereinbaren lassen. Ihre fundierten Analysen zu Geschlechterverhältnissen in der Schule stießen auch in der Fachpraxis auf großes Interesse. Mit dem im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) herausgegebenen Gender-Datenreport legte Waltraud Cornelißen im Jahr 2005 den ersten umfassenden Überblick zum Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland vor. Von 2006 bis 2009 leitete sie die neu gegründete Forschungsgruppe »Gender und Lebensplanung« am DJI. Anschließend setzte sie sich in der Abteilung »Familie und Familienpolitik« mit dem Thema frühe und späte Elternschaft auseinander. Sie führte zwei mehrjährige Forschungsprojekte durch: ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Projekt zur Relevanz von Paarbeziehungen für berufliche Karriereverläufe von Frauen sowie ein Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu Wegen in die Elternschaft. Neben ihrer Forschung begleitete sie kritisch-reflektiert die laufenden Geschlechterdebatten. Das DJI wünscht Waltraud Cornelißen Gesundheit, Zeit für ihre vielfältigen Interessen und alles Gute für die Zukunft.



KLICK-TIPP



➤ **#SeitgesternbinichbeiAlKaida! Jugendliche, Radikalisierung und Prävention**

Politik und Gesellschaft sehen sich derzeit mit verschiedenen gewaltbereiten Gruppierungen konfrontiert. In jüngster Zeit rücken besonders die demokratie- und menschenfeindlichen Phänomene des gewaltorientierten Salafismus und Dschihadismus in den Fokus. Wie auch im Rechtsextremismus gelten junge Menschen als besonders gefährdet, sich dem gewalttätigen Spektrum dieser Gruppen anzuschließen. Insofern sind neben sicherheitspolitischen Aktivitäten auch pädagogische Strategien gefragt – um mit jungen Menschen vorbeugend zu arbeiten, aber auch, um denjenigen Hilfestellung zu leisten, die in diese Szenen abzugleiten drohen oder Unterstützung beim Ausstieg suchen.

🌐 www.dji.de/thema/1503

➤ **Qualitätssicherung und -entwicklung in frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung**

Die Sicherstellung und Entwicklung von hoher Qualität in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung beschäftigt derzeit Politik, Wissenschaft und Fachpraxis. Die vom Internationalen Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC) in Auftrag gegebenen Expertisen geben einen umfangreichen Einblick, wie Schweden und Australien aktuell dieser Herausforderung entgegenreten.

🌐 www.fruehe-chancen.de/themen/kinderbetreuung-international/icec-fachbeitraege/expertise-qualitaetssicherung-und-entwicklung/

LESE-TIPPS

Deutsches Jugendinstitut/Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF; Hrsg)

Leitung von Kindertageseinrichtungen

Grundlagen für die kompetenzorientierte Weiterbildung
 WiFF-Reihe »Wegweiser Weiterbildung« | Band 10 | München: Deutsches Jugendinstitut 2014
 276 Seiten | ISBN 978-3-86379-130-8
 ☞ Kostenlos erhältlich unter www.weiterbildungsinitiative.de/uploads/media/WegweiserWeiterbildung_Leitung_Kindertageseinrichtungen.pdf



Leitungskräfte nehmen eine Schlüsselposition für die Qualitätsentwicklung im frühpädagogischen Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem ein: Im Zusammenspiel mit den Trägern sind sie für Führung und Management der Kindertageseinrichtungen zuständig. Das sich daraus ergebende Aufgabenfeld ist komplex, zugleich ist das Anforderungsprofil für die Leitungstätigkeit diffus. Ein allgemein akzeptiertes, länder- und trägerübergreifendes Verständnis von erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen ist bisher nicht vorhanden. Der »Wegweiser Weiterbildung«, den WiFF gemeinsam mit Expertinnen und Experten erstellt hat, trägt dazu bei, die Ziele kompetenzorientierter Weiterbildung für Kita-Leitungen klarer zu formulieren.



Alexandra N. Langmeyer

Sorgerecht, Coparenting und Kindeswohl

Eltern Sein in nichtehelichen Lebensgemeinschaften
 Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2015 | 404 Seiten | 39,99 EUR | ISBN 978-3-658-07475-3

Wünschen sich unverheiratete Eltern in Deutschland die gemeinsame elterliche Sorge für ihr Kind, müssen sie heiraten oder Sorgeerklärungen abgeben. Dem rechtlichen Begriff der gemeinsamen Sorge stellt Alexandra N. Langmeyer in der vorliegenden Studie das psychologische Pendant der elterlichen Zusammenarbeit in der Erziehung gegenüber, die in den letzten Jahren zunehmend unter dem Begriff

des elterlichen Coparenting in der Familienforschung berücksichtigt wird. Anhand von drei Teilstudien wird aus einer systemischen Perspektive die gemeinsame elterliche Sorge, die Bedeutung des elterlichen Coparenting und des Erziehungsverhaltens sowie deren Zusammenhang zum Kindeswohl beleuchtet.

AUFSÄTZE

Christian Alt, Anne Berngruber, Sandra Hubert, Ulrich Pötter

➤ Der Einfluss motivationaler, evaluativer und einstellungsbezogener Merkmale auf die Betreuungsentscheidung von Eltern. Ergänzende Analysen des DJI-Surveys AID:A / In: Fuchs-Rechlin, Kirsten / Kaufhold, Gudula / Thuilot, Mareike / Webs, Tanja (Hrsg.): Der U3-Ausbau im Endspurt. Analysen zu kommunalen Betreuungsbedarfen und Betreuungswünschen von Eltern. Dortmund 2014, S. 110–131; im Internet verfügbar unter: www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Kindertagesbetreuung/Kommunale_Bedarferhebung/Pub_U3-Ausbau_im_Endspurt_Fuchs-ua_2014-10-09.pdf (Zugriff: 29.4.2015)

Felix Berth

➤ Vergessene Euphorie. Die erste Welle der frühpädagogischen Begeisterung. Disziplin- und bildungsgeschichtliche Erkundungen in den 1960er- und 1970er-Jahren / In: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 4/2015, S. 546–564

Ursula Bischoff, Frank König

➤ Beratung und Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus / In: gsub-Projektgesellschaft mbH (Hrsg.): Wirksamkeit braucht Qualität. Lebendige Netzwerkarbeit und professionelle Beratung als Schlüsselemente wirksamer Interventionen der landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechts-extremismus. Berlin 2014, S. 20–21

Thomas A. Fischer, Sabrina Hoops

➤ Prävention und Kooperation mit Augenmaß – die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Polizei im Kontext von Kinder- und Jugenddelinquenz. In: Forum Erziehungshilfen, Heft 1/2015, S. 6

Wolfgang Gaiser, Martina Gille

➤ Früh übt sich: Startbedingungen für lebenslange Partizipation
 In: Harles, Lothar / Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts. 2015, S. 95–115

Nora Gaupp

➤ Erwachsen werden – Übergänge und biografische Herausforderungen junger Erwachsener / In: Materialien – Impulse für die kirchliche Jugendarbeit, Heft 150/2015, S. 4–17

Martina Gille

➤ Die Lebensgestaltung junger Menschen zwischen Optionsvielfalt und Ungewissheit / In: Argumente, Heft 2/2014, S. 50–57

Karen Hemming, Birgit Reißig

➤ Freizeitaktivitäten jugendlicher Hauptschüler/-innen und ihr Einfluss auf berufliche Zielorientierungen und den Übergang in Ausbildung und Beruf
 In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 1/2015, S. 81–97

Alexandra Langmeyer, Ursula Winklhofer

Taschengeld und Gelderziehung.

Eine Expertise zum Thema Kinder und ihr Umgang mit Geld mit aktualisierten Empfehlungen zum Taschengeld
München: Deutsches Jugendinstitut 2014 | 69 Seiten | ISBN 978-3-86379-136-0

☞ Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/news/2014/DJI_Expertise_Taschengeld.pdf



In der Expertise »Taschengeld und Gelderziehung« haben die DJI-Wissenschaftlerinnen Dr. Alexandra N. Langmeyer und Ursula Winklhofer das Thema Taschengeld fundiert aufgearbeitet und den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Geld anhand empirischer Befunde und aktueller Publikationen analysiert. Die Autorinnen zeigen auf, über wie viel Geld Kinder und Jugendliche heutzutage verfügen und wofür sie es ausgeben. Sie behandeln auch die Themen ökonomische Sozialisation, Gelderziehung innerhalb und außerhalb der Familie sowie Überschuldung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und geben Empfehlungen dazu.



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Zivilgesellschaft KONKRET 6/2015

Zivilgesellschaft und junge Engagierte | Gütersloh 2015 | 16 Seiten

☞ Kostenlos erhältlich unter <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zivilgesellschaft-und-junge-engagierte>

Was junge Menschen von einem freiwilligen Engagement erwarten, untersucht das Deutsche Jugendinstitut in der sechsten Ausgabe von Zivilgesellschaft KONKRET. Der ganzheitliche Blick auf Orte, an denen Engagement ausprobiert und erlernt werden kann, wird ergänzt durch Beispiele und Daten zu Bildungsstatus und Engagement. Junge Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich nicht per se weniger in der Schule als andere. Die zweite Generation der zugewanderten Familien ist in vielen Bereichen sogar engagierter als die Einheimischen. Ob sich Jugendliche engagieren oder nicht, ist nicht zufällig. Die Entscheidung dafür hängt vielmehr vom sozioökonomischen Status, der Bildungsqualifikation und der Einbindung in soziale Netzwerke wie Familie, Freundeskreis oder eine Religionsgemeinschaft ab.

Das Autorenteam dieser Ausgabe besteht aus Martina Gille, Liane Pluto und Eric van Santen vom Deutschen Jugendinstitut.

Bernd Holthusen

➤ Delinquenz im Kindes- und Jugendalter – Kooperation mit Polizei und Justiz als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe
In: jugendhilfe, Heft 5/2014, S. 332–340

Sabrina Hoops, Bernd Holthusen

➤ Unbekannt, unerreicht und unverstanden? Straffällige männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund als Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe
In: Dollinger, Bernd / Oelkers, Nina (Hrsg.): Sozialpädagogische Perspektiven auf Devianz. Reihe: Verbrechen & Gesellschaft. Weinheim/Basel 2015, S. 241–261

Katrin Hüsken, Christian Alt

➤ Freizeitaktivitäten zwischen sechs und 17 Jahren. Der Einfluss der Lebenslage auf die ausgeübten Freizeitaktivitäten / In: Hünersdorf, Bettina (Hrsg.): Spiel-Plätze in der Stadt. Sozialraumanalytische, kindheits- und sozialpädagogische Perspektiven. Reihe: Grundlagen der sozialen Arbeit. Band 37. Baltmannsweiler 2015, S. 48–66

Karin Jurczyk

➤ Zeit für Care: Fürsorgliche Praxis in »atmenden Lebensverläufen«
In: Hoffmann, Reiner / Bogedan, Claudia (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen, Grenzen setzen. Frankfurt/New York 2015, S. 260–288

Heinz Kindler

➤ Prävention von sexuellem Missbrauch. Möglichkeiten und Grenzen
In: Fegert, Jörg M. / Hoffmann, Ulrike / König, Elisa / Niehaus, Johanna / Liebhardt, Hubert (Hrsg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin/Heidelberg 2015, S. 351–362

Claudia Krell

➤ Adoptionsprozesse nach einer anonymen Kindesabgabe
In: BZgA – Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, Heft 1/2014, S. 29–33

Franciska Mahl, Kirsten Bruhns

➤ Ethnische Diskriminierung beim Zugang zur Berufsausbildung. Diskriminierungswahrnehmungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
In: Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung migrantischer Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf. Weinheim/Basel 2015, S. 240–258

Matthias Müller, Ulrike Richter

➤ Wege aus der Haft – Befragung junger Inhaftierter zu ihren Zukunftsperspektiven nach der Haft / In: Bewährungshilfe, Heft 1/2015, S. 43–55



Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZZFH) in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW; Hrsg.)

Handreichung für Schwangerenberatungsstellen in Netzwerken Früher Hilfen

Köln 2014 | 120 Seiten | ISBN 978-3-942816-54-0

☞ Kostenlos erhältlich über die BzGA (Bestellnummer 16000158) oder unter www.fruehehilfen.de/fruehe-hilfen/einzelansicht-publikationen-handreichung/?L=0

Die Beiträge aus Praxis und Wissenschaft bieten umfassende Informationen unter anderem zu Qualifizierungsbedarfen, rechtlichen Rahmenbedingungen und Schnittstellen der Frühen Hilfen zum Kinderschutz. Die Handreichung gibt darüber hinaus Anstoß zur Reflexion über Rollenverständnisse in der Schwangerschaftsberatung. Komprimierte, gut verständliche Beiträge liefern ein thematisch breit gefächertes Hintergrundwissen. Zentrale Gesetzestexte sind im Anhang zusammengefasst.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZZFH; Hrsg.)

Empfehlungen zu Basiskompetenzen in den Frühen Hilfen – Beitrag des NZZFH-Beirats

Köln 2014 | 16 Seiten | ISBN 978-3-942816-57-1

☞ Kostenlos erhältlich über die BzGA (Bestellnummer 16000165) oder unter www.fruehehilfen.de/no_cache/serviceangebote-des-nzzfh/materialien/publikationen/einzelansicht-publikationen/titel/empfehlungen-zu-basiskompetenzen-in-den-fruehen-hilfen-beitrag-des-nzzfh-beirats

Ziel der interprofessionell zusammengesetzten AG »Qualifizierung« war es, in einem gemeinsamen Arbeitsprozess Wissensbestände, Fertigkeiten, Sozial- und Selbstkompetenzen sowie Begriffe der Berufsgruppen zu klären, die mit Anbietern der Frühen Hilfen zusammenwirken. Die AG-Mitglieder brachten ihre jeweils unterschiedliche professionelle Haltung, Professions- und Organisationslogik sowie spezifische Termini ein. Die erarbeiteten Empfehlungen sind als Anregung zu verstehen, wie Fort- und Weiterbildungen interprofessionell gestaltet werden und Kooperationen unter den beteiligten Berufsgruppen angebahnt werden können.



AUFSÄTZE

Christian Peucker

➤ KITAS in der Einwanderungsgesellschaft / In: KiTa aktuell Nordrhein-Westfalen, Heft 3/2015, S. 58–60

Thomas Rauschenbach

➤ Bildung in Jugendfreiwilligendiensten / In: Bibisidis, Thomas / Eichhorn, Jaana / Klein, Ansgar / Perabo, Christa / Rindt, Susanne (Hrsg.): Zivil-Gesellschaft-Staat. Freiwilligendienste zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Gestaltung. Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie. Band 44. Wiesbaden 2015, S. 209–223

➤ Welteroberung und Autonomieentwicklung. Jugend im Horizont der empirischen Jugend- und Bildungsforschung / In: Schlag, Thomas / Simojoki, Henrik (Hrsg.): Mensch-Religion-Bildung. Religionspädagogik in anthropologischen Spannungsfeldern. Gütersloh 2015, S. 210–224

Birgit Reißig

➤ Schwieriger Start in die frühe Erwerbsphase. Das Zusammenspiel von Aspekten sozialer Exklusion bei jungen Erwachsenen

In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 4/2014, S. 421–434

➤ Übergänge von der Schule in den Beruf. Forschungsbefunde und Herausforderungen / In: Sandring, Sabine / Helsper, Werner / Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Jugend. Theoriediskurse und Forschungsfelder. Reihe: Studien zur Kindheits- und Jugendforschung. Band 2. Wiesbaden 2015, S. 187–208

Mariana Rudolf, Andreas Eickhorst, Daniela Doege, Manfred Cierpka

➤ Väter in den Frühen Hilfen – trotz Belastung Vertrauen in die eigenen Kompetenzen? / In: Kindheit und Entwicklung, Zeitschrift für Klinische Kinderpsychologie, Heft 2/2015, S. 115–123

Regine Schelle, Tina Friederich

➤ Weiterentwicklung pädagogischer Qualität durch inklusive Frühpädagogik.

Eine Analyse der Schlüsselprozesse in KITAS

In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 1/2015, S.67–80

Michaela Schier

➤ Multilokalität von Familie in Deutschland

In: Geographische Rundschau. Heft 11/2014, S. 10–17; im Internet verfügbar

unter: www.westermann.de/artikel/Geographische-Rundschau-Multi-und-Translokaltae/51141100 (Zugriff: 20.4.2015)

Gabriel Schoyerer, Eric van Santen

➤ Von der Kooperation zur Integration? Perspektiven des Zusammenwachsens von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

In: TPS – Theorie und Praxis der Sozialpädagogik. Heft 2/2015, S. 4–9

LESE-TIPPS

**Nationales Zentrum für Frühe Hilfen (NZFH)
in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA; Hrsg.)**

Qualifizierungsmodule für Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger

Das NZFH veröffentlicht Qualifizierungsmodule für Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger. Sie sind ein Angebot an alle, die Fort- oder Weiterbildung für Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen planen oder durchführen.

Erschienen sind in Zusammenarbeit mit dem Felsenweg-Institut der Karl Kübel Stiftung bisher:



Methodensammlung

Köln 2015 | 116 Seiten

☞ Kostenlos erhältlich unter www.fruehehilfen.de/serviceangebote-des-nzfh/materialien/publikationen/qualifizierungsmodule/methodensammlung/?L=0

Modul 1: Aufgaben und Rolle klären

Köln 2015 | 52 Seiten

☞ Kostenlos erhältlich unter www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation_NZFH_Modul_1_Aufgaben_und_Rolle_Qualifizieru.pdf



Sabina Schutter

➤ Risikofaktor Alleinerziehung? Einelternfamilien zwischen Stigmatisierung und Bewunderung / In: Die Kinderschutzzentren (Hrsg.): Kindgerecht. Verändertes Aufwachsen in einer modernen Gesellschaft. Köln, S. 331–358

Mike Seckinger

➤ Kooperationen in Netzwerken Früher Hilfen. Hinweise für eine erfolgreiche Zusammenarbeit / In: Sozial Extra, Heft 1/2015, S. 45–47

Jan Skrobaneck, Frank Tillmann

➤ DropOut oder verlorene Jugendliche: junge Menschen jenseits institutioneller Anbindung / In: Fischer, Jörg / Lutz, Ronald (Hrsg.): Jugend im Blick. Gesellschaftliche Konstruktionen und pädagogische Zugänge. Weinheim 2015, S. 199–220; im Internet verfügbar unter: www.beltz.de/produkt_produktdetails/15360-jugend_im_blick.html (Zugriff: 29.4.2015)

Claus Tully, Eric van Santen

➤ Nebenjobs von SchülerInnen – empirische Befunde aus Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern. / In: Unsere Jugend, Heft 3/2015, S. 125–136

Sabine Walper

➤ Vom Einfluss der Eltern. Wer, wenn nicht die!? / In: K3 – Das Magazin des Kreisjugendring München-Stadt, Heft 6/2014, S. 22–23

Das **DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V. (DJI)** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkoppelung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie unter anderem von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat zurzeit folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«, ferner eine Außenstelle in Halle (Saale).

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:

Benjamin Klaußner
Telefon: 089 6 23 06-140, Fax: -265
E-Mail: klaussner@dji.de
Birgit Taffertshofer
Telefon: 089 6 23 06-180, Fax: -265
E-Mail: taffertshofer@dji.de

Vertrieb und Redaktionsassistentz:
Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265
E-Mail: vontz@dji.de

Gestaltung: FunkE Design

Sandra Ostertag, Julia Kessler, www.funk-e.de

Druck und Versand:

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

Fotonachweis:

Titelseite: Imago, shutterstock, iStockphoto;
S. 3: B. Huber; S. 15: ddp images; S. 22: fotolia;
S. 4, 11, 22, 25: iStockphoto; S. 8, 18, 28: Imago;

Auflage: 15.000

ISSN 2192-9335

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

DJI Impulse kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden bei Stephanie Vontz (vontz@dji.de). Geben Sie bei einer Adressänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonentinnen und Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download (pdf) unter
www.dji.de/impulse



Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle
zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis



Irene Hofmann-Lun

Mit der Ganztagschule auf dem Weg zur Inklusion

Wie tragen Ganztagskonzepte und Jugendhilfe zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung an allen Bereichen des Lebens bei?

München: Deutsches Jugendinstitut 2014 / 116 Seiten
ISBN 978-86379-144-5

Kostenlos erhältlich unter
www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/Ganztagschule_DJI_2014.pdf

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat sich Deutschland zur Umsetzung eines inklusiven Schulsystems verpflichtet. Gegenwärtig befindet sich die schulische Bildung in einer Phase des Übergangs. So ist die Entwicklung und Realisierung von inklusionsorientierten Schulkonzepten zwar bundesweit in Angriff genommen worden, jedoch zeigen sich je nach Bundesland und auch von Schule zu Schule erhebliche Unterschiede. Um herauszufinden, wie sich Inklusion in der Sekundarstufe I für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf Lernen in Kooperation zwischen Ganztagschulen und Jugendhilfe gestaltet, wurde am Deutschen Jugendinstitut (DJI) mit Förderung durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke eine qualitative Studie in zwei Bundesländern durchgeführt.